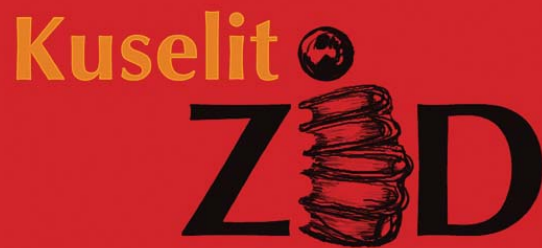


Ausgabe 40/2010

13.10.2010

Zeitschriften-Inhalts-Dienst
Aktuelle Schnellübersicht
juristischer Periodika



- 800 permanent ausgewertete Zeitschriften
- Hinweise auf wichtige Fachliteratur
- Buchbesprechungen im Volltext
- Veranstaltungshinweise . . .

Aktuelle Zeitschriftenliste – systematisch


Aktuelle Zeitschriftenliste – alphabetisch

Rezensionsangebote

Sehr geehrte LeserInnen,

die Schwerpunkte in der heutigen Ausgabe finden Sie in den Sachgebieten 7, 11, 12, 13 und 23 mit den Hinweisen auf Beiträge bei  **Legal Tribune ONLINE**
Job. Wissen. Leben.

Im Sachgebiet 8 ist die Rezension zu Thomas/Putzo, Zivilprozessordnung – nunmehr in der 31. Auflage – von RILG Jens-Daniel Braun abgedruckt.

Informationen zum Kölner Juristen- und Steuerberaterntag am 5. November finden Sie in Sachgruppe 1 und das öRecht hält ebenfalls einen Termin bereit: Eine neue (Online-)Zeitschrift. Die Vorschau auf die Inhalte der ersten Ausgabe von PUBLICUS des  **BOORBERG** Verlags finden Sie in der Sachgruppe 6 oder direkt unter

www.publicus-boorberg.de

– wo Sie sich für die am 15.10.2010 erscheinende Erstausgabe registrieren können (der Bezug ist kostenfrei).

Einen Hinweis auf eine Pausenlektüre mit den neusten juristischen Stilblüten – die man sich unbedingt gönnen sollte – geben wir in Sachgebiet 29: „Der Angeklagte trägt die Kisten des Verfahrens“.

Eine gute Woche wünscht

das Kuselit-Team

1. Jur. Professionen | Kanzlei | Beratung | Kosten

2. Recht: Allgemein

3. Staats- und Verfassungsrecht

4. Gesetze und Verordnungen

5. Landesrecht | Kommunalrecht

6. Verwaltungsrecht

7. Glaube | Religion | Kirche

8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

9. Privatrecht

10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

11. Verkehr | Transport | Reise

12. Strafrecht und Nebengebiete

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

14. Sozialrecht

15. Wirtschaftsrecht

16. Wettbewerb | Kartellrecht

17. Gewerblicher Rechtsschutz

18. Steuerrecht

19. Umwelt | Agrar | Energie

20. Bauen | Wohnen | Immobilien

21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

24. Asylrecht | Ausländerrecht

25. Europa | Europarecht

26. Internationales Recht

27. Politik | Geschichte | Philosophie | Soziologie

28. Wirtschaftswissenschaften

29. Sonstiges

IMPRESSUM | ANHANG

Freitag, 5. November 2010, 13.00 bis 19.00 Uhr
Sedanstraße 31-33, 50668 Köln

VUB
printmedia



JURISTEN- UND STEUERBERATERTAG

PORTALE, DATENBANKEN, KANZLEIMANAGEMENT, SOFTWARE, E-JOURNALS, E-BOOKS

In Zusammenarbeit mit Verlagen sowie Datenbank- und Softwareanbietern möchten wir Ihnen exklusiv ein Update in Sachen Online-Information, aktuelle Neuerscheinungen und Kanzleisoftware geben.*

* Um vorherige Anmeldung wird gebeten unter: service@vub.de

INFORMIEREN SIE SICH BEI DEN VORTRÄGEN:

Herr Dominik Boecker, Greyhills Rechtsanwälte Köln, referiert um 14.00 Uhr über
Chancen und Risiken im Web 2.0 für die freien Berufe,

Herr Dr. Konstantin von Busekist, KPMG Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Düsseldorf um 15.30 Uhr über
Compliance. Ein Praxisbericht für Unternehmen und Berater.



Jörg Roth, Arnd Stiel,
Freispruch - Rhetorik für Juristen,
2009, ISBN: 978-3-00-029748-9
Rezension Turgut **Pencereci**
NordÖR 9/2010, 351

Christoph **Fleddermann**
Die Vergütung des Anwalts im Kündi-
gungsschutzverfahren
ArbB 19/2010, 459-464

OLG Celle
Zur Schadensersatzpflicht des Strafvertei-
digers
B. v. 01.06.2010 - 3 U 59/10 -
mit Anmerkung Stephan Barton
StRR 9/2010, 355-356

AG Witten
Reisekosten für den auswärtigen
Wahlanwalt
B. v. 21.04.2010 - 9 Ds-63 Js 63/09-
44/092 Ws 29/10 -
mit Anmerkung Detlef **Burhoff**
StRR 9/2010, 360

Doris **Kloster-Harz**
Der Anwalt im kindschaftsrechtlichen
Verfahren. Aufgaben, Verantwortung,
Rollengestaltung
ZKJ 9/2010, 312-314

Jan **Borowski**
Das virtuelle Aushängeschild der Kanzlei,
Teil 2: Gestalterische und rechtliche Anfor-
derungen an die Anwalts-Homepage unter
dem Blickwinkel der neuen Dienstleis-
tungs-Informationspflichten-Verordnung
(DL-InfoV)
VRR 9/2010, 324-331

Lotte **Thiel** | Norbert **Schneider**
Zehn Fragen zum Verfahrenswert in Ver-
sorgungsausgleichssachen
FamFR 18/2010, 409-413

BGH
Organisation des Fristenwesens
B. v. 22.06.2010 - VIII ZB 12/10 -
mit Anmerkung Volker **Wagner**
FA 9/2010, 273

BVerwG
Tätigkeit von Konzernjuristen der Deut-
schen Bahn für ihre Netztochter
U. v. 18.05.2010 - 3 C 21.09 -
mit Anmerkung Jost Eder
IR 9/2010, 210-211

Johannes Hager

Grundschulden und Risikobegrenzungsgesetz Tagungsband

Schriften zum Notarrecht, Bd. 20

Baden-Baden 2010
41 S., 14.00 €
ISBN 978-3-8329-5939-5

Der Band dokumentiert eine Fachtagung
der Forschungsstelle für Notarrecht an der
Ludwig-Maximilians-Universität München.
Die Beiträge untersuchen die Auswirkun-
gen des Risikobegrenzungsgesetzes auf
die Kreditsicherung durch Grundschulden.
Das Werk richtet sich an Notare, Rechts-
anwälte und Zivilrechtswissenschaftler

www.nomos-shop.de

ÖSTERREICH

Erich Feil | Fritz Wennig

Anwaltsrecht

Rechtsanwaltsordnung sowie
alle relevanten Gesetze, Verordnungen
und EU-Richtlinien

6. Aufl., Wien 2010
824 S., 124.50 €
ISBN 978-3-7073-1715-2

www.lindeverlag.at

2. Recht Allgemein

Carl Creifelds (Hrsg.)

Rechtswörterbuch Buch und CD-ROM

München 2010
 1480 S., 54.00 €
 ISBN 978-3-406-60032-6



Zum Werk

In lexikalischer Form stellt der "Creifelds" mehr als 12.000 Rechtsbegriffe aus allen Gebieten zusammen und erläutert sie knapp und präzise. Er ermöglicht damit Juristen wie Laien eine rasche Orientierung bei der Klärung täglicher Rechtsfragen.

Die Behandlung der rechtlichen Formen und Zusammenhänge wird ergänzt durch wichtige Begriffe aus den Gebieten Wirtschaft und Politik.

Zur Neuauflage

Die ständig wachsende Materie wird durch zusätzliche Stichwörter erschlossen.

Folgende Änderungen und neuen Gesetze sind u.a. berücksichtigt:

- Vertrag von Lissabon (EUV, AEUV)
- Föderalismusreform II
- im Bereich des Gesellschaftsrechts: das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts (MoMiG), das Bilanzmodernisierungsgesetz (BilMoG), das Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie (ARUG) und das Vorstandsvergütungsgesetz
- im Bereich des Familienrechts die Strukturreform des Versorgungsausgleichs und die Änderungen zum Zugewinnausgleich sowie das Gesetz zur Patientenverfügung
- im Bereich des Steuerrechts: das Gesetz zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen, das Jahressteuergesetz 2009, die Erbschaftsteuerreform
- die diversen Gesetze zur Stabilisierung der Wirtschaft, z.B. Finanzmarktstabilisierungsgesetz,
- Gesetze zur Umsetzung der Richtlinie gegen unlautere Geschäftspraktiken

- das FGG-Reformgesetz
- die Gesundheitsreform
- das Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Erneuerbaren Energien und das Gesetz zur Kraft-Wärme-Kopplung
- das Dienstrechtsneuordnungsgesetz
- das Gesetz zur Fortentwicklung des Pfandrechts

Zur CD

Die Inhalte der CD-ROM entsprechen der aktuellen 20. Auflage des gedruckten Werkes.

Individuelle Anpassungsmöglichkeiten der Bildschirmanzeige, eigene Lesezeichen oder sortierbare und ausdrückbare Trefferlisten sind weitere Vorzüge des elektronischen Rechtswörterbuchs.

www.beck-shop.de

SJZ

Vorschau der nächsten Hefte

M. Schmid

Gemeinde- und Gebietsreform im Kanton Graubünden

F. Schuler

Der Bundesgesetzesgeber als Totengräber kantonaler Institutionen?

N. Brunner

Begründungsverzicht in Rechtsmittelverfahren der eidgenössischen Prozessgesetze

Ch. Rathgeb

Zur Zusammensetzung des Bündner Grossen Rates

B. Baeriswyl

Entwicklungen im Datenschutzrecht

Ph. Meier

Entwicklungen im Personenrecht (natürliche Personen) und im Vormundschaftsrecht

Ständige Deputation des Deutschen Juristentages (Hrsg.)

Der Deutsche Juristentag 1860 - 2010

München 2010
 120 S., 40.00 €
 ISBN 978-3-406-60893-3



Zum Jubiläum – 150 Jahre Deutscher Juristentag.

Die Gründung des Deutschen Juristentages jährt sich im Jahr 2010 zum 150. Mal, seit im August 1860 der erste Deutsche Juristentag in Berlin getagt hatte. In seiner Geschichte kam ihm stets eine bedeutsame Rolle bei der wissenschaftlich fundierten, kritischen Beobachtung und Diskussion der Rechtsordnung zu. Die vorliegende Publikation veranschaulicht diese interessante Geschichte für Juristen und Nicht-Juristen gleichermaßen.

Aufgezeigt werden dabei die großen gesellschafts- und rechtspolitischen Themen, denen sich der djt gewidmet hat – wie die Herstellung der reichsweiten Rechtseinheit, die Entwicklung des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder der Strafrechtsreform. Das Werk wurde recherchiert und geschrieben von Dipl.-Vw. Anke Waldmann, M. A. und Dr. Wibke Becker, die für das 1999 gegründete Geschichtsbüro Reder, Roeseling & Prüfer in Köln arbeiten.

www.beck-shop.de

Karl Eckhart **Heinz**

Zur Theorie öffentlicher und privater Gebrauchsrechte

GuT 4-6/2010, 172-177

Monika Böhm, Arndt Schmehl (Hrsg.), Verfassung, Verwaltung, Umwelt. Beiträge zum rechtswissenschaftlichen Symposium anlässlich des 70. Geburtstages von Prof. Dr. Klaus Lange, Baden-Baden 2010, ISBN 978-3-8329-4753-8

Rezension Siegfried **Jutzi**

LKRZ 9/2010, 360

3. Staats– und Verfassungsrecht

Anne Peters | Thomas Giegerich
Armin Hatje

Gemeinwohl durch Wettbewerb?

Berichte und Diskussionen auf der Tagung
der Vereinigung
der Deutschen Staatsrechtslehrer
in Graz vom 7. bis 10. Oktober 2009

Veröffentlichungen der Vereinigung
der Deutschen Staatsrechtslehrer, Bd. 69

Berlin 2010
480 S., 109,95 €
ISBN 978-3-89949-757-1

www.degruyter.de

Johannes Heinen

E-Book Rechtsgrundlagen Feldjägersdienst

Mit Erläuterungen des UZwGBw;
Einsatzgrundlagen im In- und Ausland

Regensburg 2010
14,99 €
ISBN 978-3-8029-2417-0

www.walhalla.de

Ines Härtel (Hrsg.)

Handbuch Föderalismus

Band 2: Entfaltungsbereiche
des Föderalismus

Berlin 2010
800 S., 139,95 €
ISBN 978-3-642-15522-2
Erscheinungstermin: 15.12.2010

www.springer.com

Georg Gass

Volksbegehren und Volksentscheid. Mög-
lichkeiten der plebiszitären Demokratie
auf der staatlichen Ebene am Beispiel der
Verfassung des Freistaates Bayern (BV)
apf/B 9/2010, 66-71

Rüdiger Voigt | Ulrich Weiß (Hrsg.)

Handbuch Staatsdenker

Stuttgart 2010
462 S., 44,00 €
ISBN 978-3-515-09511-2

Ausgangspunkt des Handbuchs ist ein
staatswissenschaftlicher Ansatz, der das
Staatsdenken mit geistes- und sozialwis-
senschaftlichen Mitteln analysiert. Anhand
der wichtigsten Staatsphilosophen und
-theoretiker sowie ausgewählter Staats-
praktiker führen die Artikel in alle Facetten
des Staatsdenkens ein. Dabei kommen
philosophische, theologische, juristische,
historische, politische und soziologische
Gesichtspunkte zur Sprache. Eine epo-
chenspezifische Systematik ist nicht vorge-
geben, vielmehr werden die Staatsdenker
in alphabetischer Reihenfolge behandelt,
um Vergleiche über alle Epochen, Kultur-
kreise und Ausrichtungen hinweg zu er-
leichtern. Dazu folgen alle Einzelbeiträge
einem durchgängigen Gliederungsprinzip.

Der Band wendet sich an Studierende,
Wissenschaftler und Journalisten sowie an
ein allgemein interessiertes Publikum. Das
Handbuch dient in erster Linie als Nach-
schlagewerk, bietet sich aber auch als
staatswissenschaftliches Lehrbuch an und
gibt einen Überblick über die Teilbereiche
der Disziplin, der sich zu einem umfassen-
den Gesamtbild zusammenfügt.

www.steiner-verlag.de

Theodor Thanner

ÖSTERREICH

Bundespräsidentenwahlgesetz 1971 BP-WG

Wien 2010
149 S., 34,80 €
ISBN 978-3-7083-0667-4

www.bwv-verlag.de

Fabian Wittreck | Bodo Pieroth
Hans D. Jarass | Christian Walter

60 Jahre Grundgesetz

Verfassung mit Zukunft!?

Baden-Baden 2010
82 S., 22,00 €
ISBN 978-3-8329-5285-3



Das Grundgesetz für die Bundesrepublik
Deutschland gilt im 60. Jahr seines Beste-
hens als beispiellose Erfolgsgeschichte.
Vier Staatsrechtslehrer der Münsterischen
Juristenfakultät fragen im vorliegenden
Band aus unterschiedlichen Perspektiven,
ob diese Erfolgsgeschichte Aussicht auf
Fortsetzung hat

Fabian Wittreck geht aus der Sicht der Ide-
engeschichte den konkurrierenden Einflüs-
sen des Christentums und der kantischen
Philosophie auf das Grundgesetz und
seine Interpretation nach. Bodo Pieroth
analysiert den „Blockadeföderalismus“
als zentrales Defizit des Grundgesetzes
und weist mögliche Wege zur Auflösung
dieser Sperrn. Hans D. Jarass zeichnet
die Konstitutionalisierung der Rechtsord-
nung durch die Grundrechte nach und
arbeitet die zentrale Rolle des Bundesver-
fassungsgerichts in diesem Prozess heraus.
Christian Walter nimmt schließlich die
internationale Perspektive ein und legt Ge-
nese wie Zukunftsfähigkeit des Konzepts
der „offenen Staatlichkeit“ dar.

Insgesamt entsteht eine Momentaufnah-
me der bundesdeutschen Verfassung, die
bei aller Kritik auf ihre Zukunft setzt.

www.nomos.de

Anna Gamper

ÖSTERREICH

Staat und Verfassung

Einführung in die Allgemeine Staatslehre

2. Aufl., Wien 2010
270 S., 27,30 €
ISBN 978-3-7089-0597-6

www.nomos.de

4. Gesetze und Verordnungen

Beck'sche Gesetze Digital DVD Bund, Land, EU

München 2011
Erscheinungstermin: Januar 2011
59.00 €
ISBN 978-3-406-59972-9

www.beck-shop.de

Oleg de Lousanoff

La GmbH

GmbH Gesetz Deutsch-Französische
Textausgabe mit Einführung

3. Aufl., Frankfurt am Main 2010
400 S., 84.00 €
ISBN 978-3-8314-2958-5
Erscheinungstermin: Oktober 2010

Ziel des Buches ist die Beschreibung der nach wie vor häufigsten Gesellschaftsrechtsform in Deutschland, der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), in französischer Sprache. Die grundlegende Überarbeitung und Erweiterung des Buches wurde durch die zahlreichen Gesetzesänderungen seit dem Erscheinen der zweiten Auflage im Jahr 2000 erforderlich, insbesondere die durch das „MoMiG“ vom 23. Oktober 2008 eingeführten Neuerungen, durch die die GmbH für Gründer noch attraktiver werden soll. Dem beschreibenden Teil schließt sich eine synoptische Übersetzung des GmbH-Gesetzes an, die wie schon in den beiden früheren Auflagen einen wesentlichen Teil des Buches darstellt. Der dem Gesetzestext folgende umfangreiche Anhang ist ebenfalls synoptisch angeordnet, mit den Gründungsunterlagen nebst Mustersatzung, einem Handelsregisterauszug und der Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

www.kreditwesende.de

Öffentliches Recht Strafrecht - Zivilrecht – Gesetze –

19. Aufl., Baden-Baden 2010
5390 S., 39.90 €
ISBN 978-3-8329-5738-4

www.nomos.de

Andreas Riedler

ÖSTERREICH

Grundlagen Privatrecht Paragraph

Seitenweise österreichische Rechtstexte
für Studium und Praxis

5. Aufl. Wien 2010
12.55 € ISBN 978-3-214-00860-4

www.manz.at

Heinz Keinert

ÖSTERREICH

Handelsrecht Paragraph

Seitenweise österreichische Rechtstexte
für Studium und Praxis

5. Aufl., Wien 2010
472 S., 14.49 €
ISBN 978-3-214-00858-1

www.manz.at

Senatsverwaltung f. Justiz

Berliner Rechtsvorschriften CD - Vollversion

Berlin 2010
220.00 €
ISBN 978-3-88961-291-5

www.kulturbuch-verlag.de

Albrecht Fuchs | Reiner Herkner

Apotheken-Vorschriften in Hessen Landes- und Bundesrecht

Stuttgart 2010
98.00 €
ISBN 978-3-7692-5260-6



Gesetze sind eine spröde Materie, aber man begegnet ihr ständig. Gesetzessammlungen gibt es viele. Aber nicht alle halten, was sie versprechen.

Das gesamte Bundes- und Landesrecht für Ihr Bundesland auf dem neuesten Stand. Alle Gesetze, Bestimmungen, Richtlinien etc., die nach § 5 Nr. 4 der Apothekenbetriebsordnung in jeder Apotheke vorhanden sein müssen. Die wichtigsten Vorschriften werden außerdem erläutert und kommentiert, damit Sie im dichten Paragraphenschwung zu Ihrem Recht finden.

Gesetze und Vorschriften in Ihrer Auswahl und Kommentierung ganz spezifisch auf die Apotheken in den jeweiligen Ländern abgestimmt.

www.deutscher-apotheker-verlag.de

Klaus P. Dolde | Ferdinand Kirchhof
Eberhard Stitz

Landesrecht Baden-Württemberg Textsammlung

6. Aufl., Baden-Baden 2010
810 S., 22.00 €
ISBN 978-3-8329-5919-7

Die umfassend aktualisierte 6. Auflage der Textsammlung ist auf dem Stand vom 1. August 2010 und wurde durch das Justizvollzugsgesetzbuch und um Auszüge aus dem Grundgesetz und der VwGO ergänzt. Eine alphabetische Schnellübersicht und das umfangreiche Sachregister gewährleisten ein schnelles Auffinden der einschlägigen Normen.

www.nomos-shop.de

5. Landesrecht | Kommunalrecht

Andreas Krause

Wirkungen von Rücknahme und Widerruf kommunalaufsichtlicher Vertragsgenehmigungen

Studien zum Verwaltungsrecht, Bd. 38

Hamburg 2010

318 S., 88.00 €

ISBN 978-3-8300-5229-6



Viele Gemeinden haben durch stete Erhöhung ihrer festen Ausgaben immer geringere Spielräume, größere Maßnahmen und Investitionen zu finanzieren. Dem versuchen sie zu begegnen durch die Wahl alternativer Finanzierungsformen unter Einschaltung Privater. Dadurch werden zum einen finanzielle Belastungen in die Zukunft verlagert. Das Hauptproblem besteht jedoch darin, dass damit einhergehende lange vertragliche Bindungen es erschweren können, auf spätere Umfeldveränderungen anders als sonst angemessen zu reagieren.

Da es sich bei solchen Verträgen oftmals um genehmigungspflichtige kreditähnliche Rechtsgeschäfte oder Bürgschaften bzw. ähnliche Rechtsgeschäfte handelt, sind diese nach den meisten Gemeinde- und Kreisordnungen der Flächenländer durch die Kommunalaufsichtsbehörde zu genehmigen.

Der Verfasser untersucht, ob die Rücknahme oder der Widerruf solcher Vertragsgenehmigungen durch die Kommunalaufsichtsbehörde erstens ein erlaubtes und zweitens ein hilfreiches Mittel sind, um Fehlentwicklungen oder Haushaltsschief-lagen der kommunalen Körperschaften entgegenzuwirken.

In diese Hauptfragen eingebettet tangiert der Autor Fragen nach dem Prüfungsumfang der Kommunalaufsichtsbehörde bei Vertragsgenehmigungen, insbesondere der Überprüfbarkeit der Haushaltsgrundsätze, der Zulässigkeit der Beifügung von Nebenbestimmungen und modifizierenden Auflagen hierzu sowie der fortwäh-

renden Abhängigkeit des genehmigten Vertrages vom Bestand der Genehmigung.

Wurde die grundsätzliche Aufhebbarkeit sogenannter privatrechtsgestaltender Verwaltungsakte bisher schon öfter kontrovers diskutiert, finden sich in Bezug auf kommunalaufsichtliche Vertragsgenehmigungen in Rechtsprechung und Literatur kaum konkrete Aussagen.

Neben der Frage nach der rechtlichen Zulässigkeit einer Aufhebung, auch in Wechselwirkung mit eventuellen Nebenbestimmungen, gilt es zu bedenken, was für Folgen durch eine Aufhebung der Vertragsgenehmigung ausgelöst werden.

Die wissenschaftliche Untersuchung, der eine Befragung von 237 Kommunalaufsichtsbehörden zu diesem Thema vorangeht, wird ergänzt durch das Aufzeigen wichtiger Aspekte, die bei der praktischen Arbeit zu bedenken sind, so dass die Ergebnisse auch als Unterstützung für die Arbeit der Kommunalaufsichtsbehörde dienen können.

www.verlagdrkovac.de

Öffentliches Recht Hamburg Gesetzespaket

Baden-Baden 2010

2532 S., 29.80 €

ISBN 978-3-8329-5539-7

www.nomos-shop.de

Angela Henke

Wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden. Drittschutz durch die Subsidiaritätsklausel in Niedersachsen?

NordÖR 9/2010, 335-337

Christoph G. Paulus | Hans Peter Bull
Insolvenzfähigkeit von Gemeinden - Pro
Insolvenzfähigkeit von Gemeinden -
Contra

NordÖR 9/2010, 338-346

Schindler

Gymnasialschulordnung Bayern und Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

München 2010

200 S., 32.00 €

ISBN 978-3-406-61048-6

Mit dem vorliegenden Kommentar zur Gymnasialschulordnung und zum BayEUG werden die genannten Werke durch praxisnahe Erläuterungen ergänzt, die sich vornehmlich an Lehrer, Schüler, Rechtsanwälte und mit dem Schulrecht befasste Gerichte wenden.

Schwerpunktmäßig werden diejenigen Vorschriften kommentiert, die thematisch häufig Gegenstand von schulrechtlichen Auseinandersetzungen sind. Hierzu gehören die Ordnungs- und Erziehungsmaßnahmen an Schulen, Schulwechsel, Hausaufgaben, Benotung, Zeugnisse und Prüfungen.

Darüber hinaus werden auch Themen wie Privatschulen (Schulen in freier Trägerschaft), Legasthenie und Dyskalkulie sowie Schulstreik angesprochen.

Ergänzend hierzu werden die in der Praxis wichtigsten Vorschriften des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes erläutert.

Vorteile auf einen Blick

- Schwerpunkte GSO: Ordnungs- und Erziehungsmaßnahmen, Hausaufgaben, Benotung, Zeugnisse, Prüfungen, Schulwechsel
- ergänzend: Wichtige Erläuterungen zum BayEUG

www.beck-shop.de

Corinna Sicko
Der Einheitliche Ansprechpartner
in Hessen, Rheinland-Pfalz
und dem Saarland
LKRZ 9/2010, 331-335

Thomas Brüggemann

Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) im kommunalen Bereich

Umfang und Einhaltung der rechtlichen
Rahmenbedingungen am Beispiel
der Stadt Paderborn

Herzogenrath 2010
206 S., 32.80 €
ISBN 978-3-8322-9007-8

www.shaker.de

Heike Krieger | José Martínez Soria

Die Anfängerklausur im Öffentlichen Recht

Berlin 2010
300 S., 19.95 €
Erscheinungstermin: 30.03.2011
ISBN 978-3-642-14796-8

www.springer.com

Michael Breitenfeld | Astrid Endlich
Ralf D. Pock

BVerG 2006

Bundesvergabegesetz 2006
idF Vergaberechtsnovelle 2009

4. Aufl., Wien 2010
768 S., 64.00 €
ISBN 978-3-7083-0677-3

www.bwv-verlag.de



Verwaltungsdesign
Eine Stadt im Wandel
Ulrich Hörning, Mannheim

Datenschutz
Das Ende der Privatsphäre?
Die verfassungsrechtliche Problematik
von Google Street View
Prof. Dr. Bernd Holznapel, LL.M, und
Dr. Pascal Schumacher, Münster

E-Government
Mehr Akzeptanz für E-Government
Interview mit Bundesinnenminister
Dr. Thomas de Maizière

Virtuelle Rathäuser auf dem Vormarsch
Die Preisträger: E-Government-Wettbe-
werb 2010

Verfassungsrecht
Bildung und Existenzminimum eines
Kindes – Was sagt das Bundesverfassungs-
gericht?
Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Berlin

Wettbewerbsrecht
Kommunen im Marktgeschehen
Wettbewerb im öffentlichen Dienst – ein
Paradoxon?
Dr. Friedrich Albrecht, München

Finanzen
Das Rettungsübernahmegesetz
Grundlage einer verfassungsmäßigen
Ordnung?
Dr. Benedikt Wolfers, Berlin

Konto dicht
Neues P-Konto – Schutz vor Kontopfän-
dungen
Peter Rothfuss, Stuttgart

Öffentlicher Dienst / Personal
Die Dienstrechtsreform in Bayern
Vorbild für andere Bundesländer?
Anton Knoblauch, München

Personalwirtschaft für die Zukunft
Das kleine 1x1 der Personalentwicklung
Dr. Anne Drescher, Potsdam

Sozialrecht
Quo vadis Eingliederungshilfe?
Verschlungene Wege zur drängenden
Reform
Franz Dillmann, Köln

Sozialrecht
Kündigung bei psychischer Behinderung
Erforderlichkeit der Zustimmung des Inte-
grationsamts
Christoph Beyer, Köln

Öffentliche Unternehmen
Der Public Corporate Governance Kodex
Transparenz in der Öffentlichen
Verwaltung
Prof. Dr. Jan Schürnbrand, Erlangen

Mediation
Wenn Konflikte eskalieren
Mediation im öffentlichen Unternehmen
Prof. Dr. André Niedostadek, LL.M, und
Sindy Hoppe, Harz

Natur / Umwelt / Energie
Repowering von Windenergieanlagen
Chancen und Herausforderung für die
Kommunen
Christian Brietzke, Hannover

Natur / Umwelt / Energie
Das Energiekonzept der Bundesregierung
Umweltschonend, zuverlässig, bezahlbar
in 10 Punkten
Dr. Florian-Alexander Wesche und
Torsten Benzin, Düsseldorf

Beruf und Karriere
Beste Perspektiven für Absolventen
Studienreform an den Hochschulen des
öffentlichen Dienstes
Prof. Walter Maier, Ludwigsburg

Kunst der Gesetzgebung
Landesrecht bricht Bundesrecht?
Diätenbesteuerung: Ein uralter Paragraph
stiftet Verwirrung
Dr. Alexander Konzelmann, Stuttgart

www.publicus-boorberg.de

7. Glaube | Religion | Kirche

Friedemann Kuttler

Synode und Parlament

Studien zur Rechtswissenschaft, Bd. 253

Hamburg 2010
260 S., 85.00 €
ISBN 978-3-8300-5372-9
Erscheinungstermin:
Oktober 2010



Mit dieser Untersuchung sollen die Institutionen Parlament und Synoden in Staat und Kirche verglichen werden. Der Grundsatz aus Art. 20 Abs. 2 GG, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, findet in den Synodalstrukturen keine Anwendung. Friedemann Kuttler untersucht die Gründe hierfür anhand der Entwicklungsgeschichte der evangelischen Landessynoden in Deutschland. Dabei nimmt er auch die theologischen Gesichtspunkte der Entstehung von Synoden in den Blick. Neben der Entwicklungsgeschichte wird die Prägung der Synoden durch das landesherrliche Kirchenregiment verdeutlicht. Die Entwicklungsgeschichte bietet den Einstieg in die Untersuchung der momentanen Situation der Landessynoden. Dabei sind die kirchenverfassungsrechtliche Stellung der Synoden, sowie der Einfluss auf Synoden durch Traditionen und Bekenntnisse und die Frage nach Demokratie und Kirche grundlegend. Den Schwerpunkt des Buches bildet die konkrete Auseinandersetzung mit den Gemeinsamkeiten und Unterschieden von Synode und Parlament. Zwei Institutionen, die ähnlicher und unterschiedlicher nicht sein können, in Staat und Kirche. Die Frage, ob Synoden "Kirchenparlamente" sind oder nicht, werden anhand der Themen Demokratie und Kirche, Stellung der Synoden innerhalb der Landeskirche, Legitimation, Repräsentation und Wahl, Kompetenzen und Zuständigkeiten, sowie der Organisation von Parlamenten und Synoden erörtert. Synoden sind vom Auftrag der Kirchen und vom Evangelium geprägt. Damit verbunden sind auch die besonderen Ausgestaltungen des Synodalwesens. Das Werk versucht, die Lücke eines bislang monografisch noch

nicht bearbeiteten komplexen Themenbereichs zu schließen. Dabei will es zu einer Diskussion über das Synodalwesen und das Demokratieverständnis in der Kirche anregen.

www.verlagdrkovac.de



Sexueller Missbrauch in der Kirche Neue Leitlinien für mehr Rechtsschutz

Die "Leitlinien für den Umgang mit sexuellem Missbrauch Minderjähriger durch Kleriker" sind testweise in Kraft getreten. Sie enthalten Definitionen des Missbrauchs, Regeln zum Ermittlungsverfahren und die Einbindung der Staatsanwaltschaft. Prof. Dr. Manfred Baldus über die Regelungen und ihre Bedeutung für den aktuellen Streit um Schmerzensgelder für die Geschädigten.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/1641/Sexueller-Missbrauch-in-der-Kirche/>

Ralph Zimmermann

Gesetzesvorbehalt für schulordnungsrechtliche Maßnahmen gegen religiöse Äußerungen von Schülern? (zugl. Anmerkung zu VG Berlin, U. v. 29.09.2009 - 3 A 984.07 - , OVG Berlin-Brandenburg, U. v. 27.05.2010 - 3 B 29.09 -)

LKV 9/2010, 394-400

OVG Berlin-Brandenburg
Islamisches Gebet in der Schule II
U. v. 27.05.2010 - 3 B 29.09 -

LKV 9/2010, 422-427

FG Niedersachsen

Photovoltaikanlage einer Kirchengemeinde als Betrieb gewerblicher Art
v. 22.03.2010 - 16 K 11189/08 -
UStB 9/2010, 269-270

Thomas Meysen,

Editorial: Die bischöflichen Leitlinien: Um wen geht es wirklich?
(Beilage JAmt-aktuell)

JAmt 7-8/2010, 4

Christian Brünner

ÖSTERREICH

Colloquium 19 Diskriminierung aus religiösen Gründen

Wien 2009
181 S., 29.00 €
978-3-7046-5339-0

Diskriminierung aus religiösen Gründen ist ein uraltes Phänomen. Viele der entsetzlichsten Gräueltaten in der Menschheitsgeschichte sind auf religiös motivierten Hass zurück zu führen. Im 21. Jahrhundert nimmt die Polarisierung auf religiöse Unterschiede weltweit zu. Konflikte aus religiösen Gründen oder zumindest mit einem solchen Hintergrund sind an der Tagesordnung. Überall werden Menschen wegen ihres Glaubens benachteiligt und oft auch verfolgt.

Diskriminierung aus religiösen Gründen findet freilich nicht nur „woanders“, in autoritären politischen und antipluralistischen gesellschaftlichen Systemen statt. Sie ist eine Realität auch in Österreich, nachweisbar sowohl in staatlichen als auch in gesellschaftlichen Kontexten.

Der vorliegende Band stellt den völkerrechtlichen Schutz vor Diskriminierung aus religiösen Gründen und die schrittweise Umsetzung der Richtlinien der Europäischen Union in Österreich sowie die in der Praxis mit der Gleichbehandlung verbundenen Probleme dar. Viele konkrete Beispiele zum Umgang mit religiösen Minderheiten in der gesellschaftlichen Realität Österreichs machen nachdenklich und sensibel für Benachteiligungen, welche sich auf die Religion eines Menschen gründen und ihn gegenüber anderen diskriminieren.

Univ. Prof. Dr. Christian Brünner ist als Professor an der Karl Franzens Universität in Graz im Department für Verwaltungswissenschaften, Umweltrecht und Recht der Geschlechterbeziehungen tätig.

www.verlagoesterreich.at

8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

REZENSION

Heinz Thomas | Hans Putzo
Klaus Reichold | Rainer Hüßtege

Zivilprozessordnung

ZPO, FamFG Verfahren
in Familiensachen, GVG,
Einführungsgesetze,
EG-Zivilverfahrensrecht, Kommentar

31. Aufl., München 2010
2098 S., 58.00 €
ISBN 978-3-406-59620-9

Der *Thomas/Putzo* ist seit vielen Jahrzehnten einer der beliebtesten ZPO-Kommentare. Seine Vorzüge liegen klar auf der Hand: Er ist im Vergleich zu den umfangreicheren Konkurrenzwerken sehr handlich und besticht durch seine Übersichtlichkeit und klare Struktur. Für Referendare¹ ist der *Thomas/Putzo* überdies seit geraumer Zeit der unangefochtene Kommentar Nr. 1, da er – soweit ersichtlich – in allen Bundesländern als Hilfsmittel im Zweiten Staatsexamen zugelassen ist. Insbesondere Referendare wissen ferner die durch Unterstreichungen hervorgehobenen Tenorierungsbeispiele besonders zu schätzen.

Ausweislich des Vorwortes haben es sich die Autoren auch für die 31. Auflage wieder zum Ziel gesetzt, Änderungen der gesetzlichen Grundlagen ebenso in den *Thomas/Putzo* einzuarbeiten wie neue Entwicklungen in Rechtsprechung und Literatur. Im Bereich der Gesetzgebung waren u. a. die Reformen im Zwangsvollstreckungsrecht zu berücksichtigen, etwa durch das Gesetz über die Internetversteigerung in der Zwangsvollstreckung und zur Änderung anderer Gesetze vom 30.07.2009², das

1 Die Beschränkung auf die männliche Form erfolgt hier und im Folgenden ausschließlich aus Gründen der Lesbarkeit.

2 BGBl. I S. 2474.

Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung vom 29.07.2009³ sowie das Gesetz zur Reform des Kontopfändungsschutzes vom 07.07.2009⁴.

Die Arbeit mit der Neuauflage in der gerichtlichen Praxis zeigt rasch, dass der *Thomas/Putzo* diese und andere gesetzliche Neuregelungen – wie gewohnt – außerordentlich prägnant und zugleich auf höchstem Niveau kommentiert. Als Beispiel sei auf die sehr gelungene Kommentierung zu der Neufassung von § 50 Abs. 2 ZPO verwiesen (§ 50 ZPO, Rn. 7 f.). Entsprechendes gilt für die Einarbeitung der Rechtsprechung seit Erscheinen der letzten Auflage. So wird etwa in der gebotenen Kürze die sehr überzeugende Entscheidung des Bundesgerichtshofs zur analogen Anwendung von § 19a ZPO für den Fall, dass die deutschen Gerichte international zuständig sind, jedoch nach den allgemeinen deutschen Gerichtsstandsbestimmungen eine örtliche Zuständigkeit nicht begründet wäre, dargestellt (§ 19a ZPO, Rn. 1)⁵. Auch die für die gerichtliche Praxis wichtige Entscheidung des Bundesgerichtshofs zu der – zu Recht verneinten – Frage, ob in den Fällen des § 15a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 EGZPO ein nach dem Landesgesetz bestehendes

3 BGBl. I S. 2258. Große Teile dieses Gesetzes treten jedoch erst am 01.01.2013 in Kraft, s. Art. 6 des Gesetzes.

4 BGBl. I S. 1707.

5 *BGH*, Urteil vom 19.05.2009 – IX ZR 39/06.

Schlichtungserfordernis deshalb entfällt, weil der schlichtungsbedürftige Antrag im Rechtsstreit mit einem nicht schlichtungsbedürftigen Klageantrag verbunden wird⁶, findet an der passenden Stelle Erwähnung (s. § 15a EGZPO, Rn. 3). Auch die neueste Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union wurde umfassend eingearbeitet (vgl. etwa Art. 5 EuGVVO⁷, Rn. 6; Art. 34 EuGVVO, Rn. 2). Gleiches gilt für die seit Erscheinen der letzten Auflage erschiene rechtswissenschaftliche Literatur.

Im Übrigen werden viele Familienrechtler dankbar dafür sein, dass auch in der Neuauflage das 6. Buch der ZPO weiterhin abgedruckt und kommentiert ist, obwohl dieses durch Art. 29 Nr. 15 des Gesetzes zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-RG) aufgehoben worden ist.

Auch wer täglich mit dem *Thomas/Putzo* arbeitet, wird kaum Punkte finden, bei denen eine Verbesserung noch möglich ist. Dem Rezensenten erscheinen allenfalls folgende Anregungen für die nächste Auflage angebracht: Im Rahmen der Kommentierung zu § 149 ZPO wäre ein Hinweis auf den Umstand hilfreich,

6 *BGH*, Urteil vom 07.07.2009 – VI ZR 278/08.

7 Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen.

8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

dass die Rechtsprechung bisweilen dazu neigt, an die Begründung einer Aussetzungsentscheidung nach § 149 Abs. 1 ZPO sehr hohe Anforderungen zu stellen⁸. Überdies erscheint es angezeigt, im Rahmen der Kommentierung zu § 149 Abs. 2 Satz 2 ZPO auf die diesbezügliche Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts⁹ zumindest kurz hinzuweisen. In der nächsten Auflage sollte überdies noch ein kleiner Fehler in der – außerordentlich hilfreichen – Vorbemerkung zur EuGVVO korrigiert werden (s. Vorbem. EuGVVO, Rn. 14: „[...] Entscheidungen des EuGH können auf der Internet des EuGH [...] abgerufen werden“).

Positiv anzumerken bleibt noch, dass der Preis im Vergleich zum Vorjahr unverändert geblieben ist, während sich die Seitenzahl geringfügig erhöht hat.

Fazit: Der *Thomas/Putzo* bleibt auch in der 31. Auflage der ZPO-Kommentar mit dem besten Preis-/Leistungsverhältnis. Insbesondere für Referendare, aber auch für Richter und Rechtsanwälte ist der *Thomas/Putzo* nach wie vor unverzichtbar.

Richter am Landgericht
Jens-Daniel Braun, Marburg

⁸ Vgl. etwa *OLG Frankfurt/Main*, Beschluss vom 12.02.2010 – 15 W 86/09.
⁹ Vgl. *BVerfG*, Beschluss vom 30.06.2003 – 1 BvR 2022/02.

Elisabeth **Strassfeld**
Behörde als „richtige“ Beteiligte? Rechtsträgerprinzip versus Behördenprinzip
SGB 9/2010, 520-522

Francke, Gagel (Hrsg.), *Der Sachverständigenbeweis im Sozialrecht. Inhalt und Überprüfung medizinischer Gutachten*, Baden-Baden 2009, ISBN: 978-3-8329-3877-2

Rezension Peter **Becker**
SGB 9/2010, 556

ürgen Wolter (Hrsg.)

Systematischer Kommentar zur Strafprozessordnung (Mit GVG und EMRK) Band IV (§§ 198-246 StPO)

4., Aufl., Köln 2010
800 S., 218,00 €
ISBN 978-3-452-27375-8



Die Regelungen der Strafprozessordnung über die Eröffnung der Hauptverhandlung gegen einen Angeklagten und die Vorbereitung eines Strafprozesses vor Gericht (§§ 198-225a StPO) sowie wesentliche Vorschriften zur Durchführung der Hauptverhandlung selbst (§§ 226-246) erläutert Band IV des „Systematischen Kommentars zur Strafprozessordnung“ aktuell und umfassend in seiner 4. Auflage (die früheren Auflagen 1-3 sind als Loseblattwerk erschienen).

Der Band berücksichtigt nicht nur die neueste Rechtsprechung, er liefert darüber hinaus auch rechtliche Informationen und Argumente zu praxisrelevanten Fragen, die in anderen Kommentaren häufig zu kurz kommen, sodass auch nicht durchjudizierte Probleme mit diesem Werk gelöst werden können und der Strafverteidiger hier wichtige Argumente für seine Verteidigungsstrategie vor und während der Hauptverhandlung finden kann.

www.heymanns.com

Enders | Börstinghaus

Einstweiliger Rechtsschutz

Wenn es mal wieder schnell gehen muss

2. Aufl., Münster 2010
800 S., 78,00 €
ISBN 978-3-89655-499-4

Dieses Buch bietet Ihnen einen schnellen und strukturierten Überblick über das weite Themenfeld „einstweiliger Rechtsschutz“. In einer Situation, in der schnelle Reaktionen und Eile, trotzdem aber Genauigkeit und Sorgfalt gefragt sind, finden Sie hier alles aus einer Hand und sind nicht gezwungen, die für Sie relevanten Teile in verschiedenen Werken zeitraubend zu suchen.

Die Autoren stellen sowohl die jeweiligen materiellen Voraussetzungen dar, widmen sich aber auch in umfassender Weise der verfahrensrechtlichen Seite und geben wertvolle Anleitungen zur Vorgehensweise an die Hand. Geschrieben von Praktikern für Praktiker ist das Buch so angelegt, dass es einen schnellen Zugriff auf die relevanten Punkte ermöglicht. Bei der zitierten Literatur wurde zudem besonderer Wert auf die schnelle Zugänglichkeit gelegt.

Besonders praktisch: Checklisten am Ende eines jeden Teils ermöglichen einen schnellen Überblick, ob alle relevanten Aspekte bedacht worden sind. Außerdem runden zahlreiche Hinweise und Tipps sowie Muster zum einstweiligen Rechtsschutz allgemein, aber auch zu jedem einzelnen der behandelten Spezialgebiete das Werk ab. Die Muster können dank der beigelegten CD-ROM auch sofort am Bildschirm ausgefüllt, abgespeichert und ausgedruckt werden.

www.zap-verlag.de

Sebastian Aeppli

OR Textausgabe

Schweizerisches Obligationenrecht
mit Nebengesetzen und Verordnungen
sowie Bundesgerichtspraxis.

Zürich 2010
980 S., 21.00 €
ISBN 978-3-280-07252-3

Die für Studium und Beruf gleichermaßen geeignete Textausgabe ist mit zahlreichen wertvollen Querverweisen sowie Hinweisen auf die Rechtsprechung des Bundesgerichts versehen, welche dem Benutzer die rasche Erschließung der Zusammenhänge und das rasche Auffinden von einschlägigen Entscheiden des obersten Gerichts ermöglichen. Die OR Textausgabe enthält zahlreiche praxisrelevante Ergänzungs- und Ausführungserlasse zum Obligationenrecht, welche ebenfalls mit Anmerkungen versehen sind.

Die Neuauflage enthält folgende wichtige Neuerungen:

- die durch die eidgenössische Zivilprozessordnung bedingten Änderungen im Obligationenrecht und in den Nebenerlassen (Inkrafttreten 1. Januar 2011)
- die durch das Bucheffektengesetz bedingten Änderungen im Obligationenrecht
- weitere revidierte Bestimmungen, etwa durch die Bahnreform 2

www.ofv.ch

Erich Feil | Karl H. Marent
Gerhard Preisl

Grundbuchsrecht

2. Auflage, Wien 2010
1672 S., 287.00 €
ISBN 978-3-7073-1304-8

www.lindeverlag.at

SCHWEIZ Ignacio Czeguhn | Claus Ahrens

Fallsammlung zum Sachenrecht

5. Aufl., Berlin 2010
250 S., 16.95 €
ISBN 978-3-642-13138-7

www.springer.com

Günther Hellwich | Nina Frankenberg

Pfändung des Arbeitseinkommens und Verbraucherinsolvenz

einschließlich Pfändung
der Sozialleistungen, Kontopfändung
und Restschuldbefreiung

6. Aufl., Berlin 2010
218 S. 28.90 €
ISBN 978-3-86965-019-7

www.lexxion.de

Stephan Scholz

Gestaltungsrechte im Leistungsstörungenrecht

Schriften zum Bürgerlichen Recht,
Bd. 400

Berlin 2010
436 S., 98.00 €
ISBN 978-3-428-13062-7

www.duncker-humboldt.de

Christian Fischer

Der Gläubiger Schock

ALLE Auswege und Tricks,
wie Sie Schulden und Gläubiger besiegen

Berlin 2010
296 S., 59.90 €
ISBN 978-3-86931-419-8

www.epubli.de

Hans Schulte-Nölke
Eckhard Flohr (Hrsg.)

Ein exzellentes Doppel

Vertragsmuster und Musterschriftsätze
zu Vertragsstörungen in einem Band

3. Aufl., 2010
1.500 S., 98.00 €
ISBN: 978-3-89655-445-1



Das Werk verbindet zivilrechtliche Vertragsmuster zu allen Hauptarbeitsgebieten des Anwalts mit Musterschriftsätzen zu Vertragsstörungen in einem Band. Zusätzlich: Ein Wissens-Update zu jedem Rechtsgebiet in der Einführung.

Der ständige Umbruch im Vertragsrecht macht Ihre Arbeit in diesem Bereich spannend - und gleichzeitig fehleranfällig! Um Ihr persönliches Haftungsrisiko weitestgehend auszuschalten, müssten Sie sich eigentlich unablässig mit den vielen Gesetzesänderungen und der neuen Rechtsprechung auseinandersetzen.

Dazu fehlt Ihnen die Zeit? Macht nichts! Mit dem "Formularbuch Vertragsrecht" sind Sie hervorragend beraten:

Es enthält alle für Ihre tägliche Praxis wichtigen Teilgebiete des Vertragsrechts - von der Neugestaltung über die Anpassung von Altverträgen bis hin zum Umgang mit Vertragsstörungen.

Praxiswissen für Ihren Erfolg!

- "Wissens-Update": Grundlagen und wichtigsten Neuerungen der letzten Zeit.
- Erläuterte Vertragsmuster: Damit wird schnell klar, wo mögliche Probleme liegen und warum eine Klausel so und nicht anders ausgestaltet werden sollte.
- "Ausübung von Rechten": Hier finden Sie zahlreiche Musterschriftsätze zum Thema Vertragsstörung!
- Außerdem: Steuerrechtliche Erläuterungen zur Vertragsgestaltung.

www.lexisnexis.de

10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

Werner Gutdeutsch

Familienrechtliche Berechnungen für Windows

Edition 2 / 2010

Unterhalt, Versorgungsausgleich,
Zugewinn, Sachanträge in Familiensachen

München 2010

249.00 €

ISBN 978-3-406-60268-9

Zum Werk

Der Gutdeutsch hat sich in nahezu allen OLG-Bezirken zum bundesweit führenden familienrechtlichen Berechnungsprogramm für Richter und Rechtsanwälte entwickelt.

Dieses Programm erleichtert die familienrechtliche Arbeit erheblich. Die Berechnungsmöglichkeiten teilen sich auf in die Bereiche:

Unterhalt und Einkommen Unterhalt (Kind/Gatte), Unterhalt zeitbezogen, Unterhaltsrückstände, Leistungsfähigkeit nach SGB II, SGB XII, BSHG, Verwandtenunterhalt, Unterhalt nichteheliche Kindsmutter/Vater, Verteilung des Kindesbedarfs auf wiederverheiratete Eltern Brutto-Netto Berechnung für alle Lohnarten, Durchschnittslohnberechnung, Einkommen Selbständiger, Steuertabellen Vermögen und Zugewinn Zugewinnausgleich, Indextabellen, Indexumrechnung, Sterbetafel, Überlebenswahrscheinlichkeit, Rentenkaptalisierung, Versorgungsausgleich, Abänderung des VA, schuldrechtlicher VA, Beiträge Wartezeit, Gesamtversorgung, gesetzliche Rente, Rentendynamik, Tabellen zum VA Sonstige Berechnungen Gebühren, PKH, Prozesskostenvorschuss, Streitwert Partnerschaft mit Regelunterhalt

Vorteile:

- Unterhalt: Einkommensermittlungen können separat oder in die Unterhaltsberechnungen integriert berechnet werden. Mit komfortabler Rückstandsberechnung.
- Berechnung des steuerlichen Real-splittings auf Knopfdruck.

- Versorgungsausgleich: Das Programm errechnet zuverlässig nach der Frage-Antwort-Methode den vollständigen Versorgungsausgleich oder einzelne Teile daraus. Alle Ergebnisse können direkt in Schriftsätze übernommen werden.
- Zugewinn: Der Zugewinnausgleich lässt sich aus Einzelposten des Anfangs- und Endvermögens unter Einbeziehung von Lebenshaltungskostenindex und benannten wie auch unbenannten Zuwendungen schnell ermitteln - auch in mehreren Spalten parallel (z. B. Klägerin, Beklagter, Gericht).
- Sachanträge in Familiensachen: Rund 300 praxisnahe, ausfüllbare Formulare im Winword-Format ergänzen das Berechnungsprogramm ideal.
- Verlinkte Hilfe: Aus der Hilfe des Programms kann direkt zu den dort zitierten Fundstellen auf CD oder nach beck-online gesprungen werden

www.beck-shop.de

Achim **Albrecht**

Die neue Europäische Verordnung in Erbsachen - das Erbrecht steht vor der Harmonisierung, (Beilage RdW Schwerpunkt)

Martin W. **Becker**

Ehegattenarbeitsverhältnisse - Aktuelle Rechtsfragen bei familiärer Mitarbeit
NWB direkt 39/2010, 1021
RdW 18/2010, 1-4

Wolfgang Roth | Bernhard F. Klinger

Testamentsvollstreckung Richtig anordnen, durchführen und kontrollieren

München 2010

9.90 €

ISBN 978-3-423-50710-3

Erscheinungstermin: 01.11.2010

www.dtv.de

ÖSTERREICH

Astrid Congiu-Wehle | Agnes Fischl

Der Ehevertrag

Wie Sie Vorsorge für die Ehe,
Trennung und Scheidung treffen

Wien 2010

160 S., 9.60 €

ISBN 978-3-7093-0304-7



Für den Fall der Fälle

Soll man sich wirklich schon vor der Eheschließung Gedanken über die Trennung machen? Obwohl den meisten Paaren am Tag der Hochzeit ein Ende ihrer Beziehung wohl nicht vorstellbar ist, zeigen die hohe Scheidungsraten, dass es durchaus klug ist, sich auf diese Möglichkeit vorzubereiten. Die Autorinnen informieren über alle Für und Wider eines Ehevertrags und zeigen anhand von Praxisbeispielen, welche Fragen auf jeden Fall in einem solchen Vertrag geregelt werden sollten. Ausgehend von typischen Lebenssituationen erklärt der Ratgeber, welche ehevertraglichen Regelungen sinnvoll sind und welche vor den Gerichten keinen Bestand haben werden. Er berücksichtigt alle aktuellen Gesetzesänderungen im Bereich Unterhalt, Güterrecht und Versorgungsausgleich und erläutert, wie die Familie durch einen Ehe- und Erbvertrag für den Todesfall abgesichert werden kann.

www.lindeverlag.at

Christopher Wagenknecht

Das System der rechtlichen Kontrolle von Eheverträgen

Tübingen 2010

300 S., 75.00 €

ISBN 978-3-16-150394-8

www.mohr.de

11. Verkehr | Transport | Reise



Winterreifenpflicht

Geeignetes Schuhwerk auch für Autos?

Winterreifen von Oktober bis Ostern, sonst gibt es ein Bußgeld und die Versicherung zahlt auch nicht. Diese Faustregel für eine Winterreifenpflicht geriet spätestens mit einem Urteil des OLG Oldenburg schwer ins Wanken, das Verkehrsministerium will nun nachbessern. Hat Deutschland gar keine Winterreifenpflicht?

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/1655/Geeignetes-Schuhwerk-auch-fuer-Autos/>

FG Hamburg

Keine Vollstreckung österreichischer Geldbußen, wenn der Halter des Kraftfahrzeuges den Fahrer nicht benennt
B. v. 16.03.2010 - 1 V 289/09 -
NordÖR 9/2010, 348

OLG Düsseldorf

Anscheinsbeweis: Kein Anscheinsbeweis zulasten des Auffahrenden bei gerade erst durchgeführtem Fahrstreifenwechsel des Vorausfahrenden
U. v. 19.01.2010 - I-1 U 89/09 -
VersR 27/2010, 1236-1238

OLG Hamm

Kein Anscheinsbeweis für Verschulden des Linksabbiegers bei nicht gegebener Sicht auf den Gegenverkehr
U. v. 05.10.2009 - I-6 U 94/09 -
VersR 27/2010, 1238-1239

OLG Stuttgart

„Führerscheintourismus“ nach abgelehnter Erteilung einer deutschen Fahrerlaubnis (Rechtssache seit 19.01.2009)
B. v. 26.05.2010 - 2 Ss 269/10 -
mit Anmerkung Axel Deutscher
StRR 9/2010, 353-3541

Benjamin Linke

Die Gewährleistung des Daseinsvorsorgeauftrags im öffentlichen Personennahverkehr

Schriften zum Wirtschaftsverwaltungs- und Vergaberecht, Bd. 24

Baden-Baden 2010
310 S., 79,00 €
ISBN 978-3-8329-5502-1



Das Werk bietet einen ersten vollständigen Überblick über einen neu entstandenen Rechtsrahmen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Schon seit geraumer Zeit werden Dienstleistungen im ÖPNV im Regelfall nicht kostendeckend erstellt, sondern durch staatliche Ausgleichsleistungen gefördert. Die Legitimität dieser Zuwendungen wird (mangels eindeutiger gesetzlicher Vorgaben) allerdings kontrovers diskutiert. Die fehlende Rechtsicherheit soll nun mit der am 03.12.2009 in Kraft getretenen Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 herbeigeführt werden. Die vorliegende Untersuchung setzt sich mit der dann geltenden Rechtslage auseinander. Im Zuge dessen werden die mit der neuen Verordnung einhergehenden rechtlichen Konsequenzen für die Bezuschussungspraxis im ÖPNV dargelegt. Überdies werden Reibungen des neuen Regelungsrahmens mit der gegenwärtigen Gesetzeslage im Personenbeförderungsrecht ausgemacht und Vorschläge für etwaige Änderungen an die Hand gegeben. Neben der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 werden auch aktuelle beihilferechtliche Problematiken untersucht, wobei eine intensive Auseinandersetzung mit der hierfür bedeutenden Rechtsprechung des EuGH zur Rechtssache Altmark Trans erfolgt.

www.nomos.de

EU: Informationskampagne über Rechte von Flug- oder Schienenreisenden, (Pressemitteilung v. 29.06.2010) (304)
RdW 18/2010, 570-572

Klaus Ridder | Jörg Holzhäuser

ADR + RID - Online

Heidelberg 2010
341,95 €
ISBN 978-3-609-69833-5

ADR + RID - Online: Der tägliche Helfer für die Gefahrgut-Praxis
In dieser Internet-Ausgabe finden Sie alles, was man für die tägliche Gefahrgutpraxis auf Straßen und Schienen wirklich braucht.

Aus dem Inhalt:

- Anlagen A und B zum ADR
- RID
- Gefahrgutbeförderungsgesetz (GG-BefG)
- Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt (GGVSEB) mit Konkordanzliste zur GGVSSE
- Gefahrgut-Ausnahmereverordnung (GGAV)
- Durchführungsrichtlinien zur GGVSEB (RSEB)
- Gefahrgutkontrollverordnung (GG-KontrollV)
- Gefahrgutbeauftragtenverordnung (GbV)
- Gefahrgutbeauftragtenprüfungsverordnung (PO Gb)
- Verordnung über ortsbewegliche Druckgeräte (OrtsDruckV)
- Gefahrgut-Kostenverordnung (GG-KostV)
- Umweltschadensgesetz (USchadG)
- Auszüge aus Handelsgesetzbuch (HGB) und Strafgesetzbuch (StGB)
- BAM-Gefahrgutregeln zu Umschließungen
- CTU-Packrichtlinien
- Multilaterale ADR-Vereinbarungen
- Multilaterale RID-Sondervereinbarungen
- Vorschriften einzelner Bundesländer
- weitere wichtige Veröffentlichungen und aktuelle Informationen

www.ecomed.de

12. Strafrecht und Nebengebiete

Hans Herbert von Arnim (Hrsg.)

Defizite in der Korruptionsbekämpfung und der Korruptionsforschung

Beiträge auf
der 9. Speyerer Demokratietagung
vom 26. und 27. Oktober 2006
an der Deutschen Hochschule
für Verwaltungswissenschaften Speyer

Schriftenreihe der Hochschule Speyer,
Bd. 199

Berlin 2009
119 S., 58.00 €
ISBN 978-3-428-13242-3

Inhalt

Hans Herbert **von Arnim**
Korruption: Begriff und systemische Defi-
zite in der Korruptionsbekämpfung

Sebastian **Wolf**
Bericht über die Diskussion des Beitrags
von Hans Herbert von Arnim

Heinz Georg **Bamberger**
Korruption und ihre Bekämpfung in
Deutschland

Katrin **Schoppa**
Bericht über die Diskussion des Beitrags
von Heinz Georg Bamberger

Thomas **Leif**
Gemeinden: Nährboden der Korruption
(Thesen)

Sven **Barnekow**
Bericht über die Diskussion des Beitrags
von Thomas Leif

Peter S. **Schönhöfer**
Korruption im Arzneimittelmarkt

Carolin **Tegeler**
Bericht über die Diskussion des Beitrags
von Peter S. Schönhöfer

Bernhard G. **Suttner**
Politische Korruption in Deutschland - ein
verschwiegenes Fundamentalproblem?

Süm **Kallas**
The European Union: An Eldorado
of Corruption?

Stephanie **Schiedermaier**
Bericht Ober die Diskussion des Beitrags
von Süm Kallas

Christoph **Reichard**
Ökonomisierung von Staat und Verwal-
tung - Vorschub für Korruption?

Stefan **Inner**
Bericht über die Diskussion des Beitrags
von Christoph Reichard

Cerstin **Gammelin**
Korruption in der Energiewirtschaft: Wie
Stromkonzerne mit der Politik kungeln

www.duncker-humboldt.de

Christian Laue

Evolution, Kultur und Kriminalität

Über den Beitrag der Evolutionstheorie
zur Kriminologie

Berlin 2010
350 S., 89.95 €
ISBN 978-3-642-12688-8

www.springer.com

Tobias Reinbacher

Das Strafrechtssystem der USA

Eine Untersuchung zur Strafgewalt
im föderativen Staat

Beiträge zum Internationalen
und Europäischen Strafrecht, Bd. 5

Berlin 2010
228 S., 68.00 €
ISBN 978-3-428-12431-2

www.duncker-humboldt.de

ÖSTERREICH

Dieter Zöchling

Schriftsätze, Urteile, Rechtsmittel in Strafsachen

Ergänzungsheft 2010
Wien 2010
16 S., 5.06 €
ISBN 978-3-214-00671-6

www.manz.at

Esther Nazarian

Der Beginn der Strafverfolgungsverjährung § 78a StGB

Europäische Hochschulschriften - Reihe II,
Bd. 4999

Frankfurt am Main 2010
150 S., 37.80 €
ISBN 978-3-631-59966-2

www.peterlang.com

Legal Tribune ONLINE
Job. Wissen. Leben.

Der Prozess gegen Verena Becker

Mitgefangen – Mitgehangen?

Hat Justizia Verena Becker am 7. April
1977 den damaligen Generalbundes-
anwalt Siegfried Buback erschossen?
Obwohl selbst die Bundesanwaltschaft
nicht davon ausgeht, dass Becker auf dem
Tatmotorrad saß, muss sie sich seit Don-
nerstag vor dem OLG Stuttgart verantwor-
ten. Weshalb die Anklage wegen mittä-
terschaftlichen Mordes nicht zu halten ist
– von Prof. Dr. Thomas Rotsch.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/1653/Mitgefangen-E280%93-Mitgehangen/>

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

Charlotte Maeßen

Auswirkungen der EuGH-Rechtsprechung auf das deutsche Arbeitskampfrecht

unter besonderer Berücksichtigung
der Entscheidungen in den Rechtssachen
Viking und Laval

Frankfurt am Main 2010

317 S., 62,80 €

ISBN 978-3-631-61010-7

Innerstaatliche Souveränität versus Mitgliedschaft in der Europäischen Union: In diesem Spannungsverhältnis steht die durch die Urteile Viking und Laval eingeleitete EuGH-Rechtsprechung zum grenzüberschreitenden Arbeitskampf. Schon jetzt deutet sich ein vom deutschen Recht abweichendes Freiheitsverständnis des EuGH im Hinblick auf die gerichtliche Überprüfbarkeit von Arbeitskampfmaßnahmen an. Dies könnte eine Einbuße an Handlungsspielräumen für die Arbeitskampfparteien im grenzüberschreitenden Bereich nach sich ziehen. Die Abhandlung betrachtet zunächst die bisherige europäische Rechtslage, eine Urteilsanalyse und Kritik an der neuen Rechtsprechung schließt sich an. Durch einen Vergleich mit dem deutschen Arbeitskampfrecht werden im Folgenden mögliche Auswirkungen und die hierfür maßgeblichen Ursachen aufgezeigt. Abschließend werden Strategien und Lösungskonzepte erörtert.

Inhalt

- Legitimation und Grenzen der Rechtsfortbildung durch den EuGH
- Die Rechtslage und bisherige Rechtsprechung zum Arbeitskampfrecht auf europäischer Ebene
- Urteilsanalyse und Kritik an den Urteilen Viking und Laval
- Der deutsche Arbeitskampf im Lichte der EuGH-Rechtsprechung: Mögliche Auswirkungen
- Strategien und Lösungskonzepte.

www.peterlang.com

LAG Niedersachsen

Außerordentliche Kündigung wegen exzessiver Privatnutzung des Dienst-PC
U. v. 31.05.2010 - 12 Sa 875/09 - (LS)
CR 9/2010, 616

EuGH

Arbeitgeber, Stellenausschreibung, Altersdiskriminierung, Entschädigung, Ausschlussfrist, "Bulicke"
U. v. 08.07.2010 - Rs. C-246/09 - (LS)
(§ 15 AGG, 1/10)
mit Anmerkung Patrick Mückl
EWIR 18/2010, 589-590

BGH

Arbeitsvermittlung: Wirksame Klausel über Vermittlungsvergütung in Höhe eines Bruttomonatsgehalts des arbeitssuchenden Auftraggebers
U. v. 18.03.2010 - III ZR 254/09 -
VersR 27/2010, 1216-1219

BAG

Änderung der Rechtsprechung zum Grundsatz der Tarifeinheit
U. v. 07.07.2010 - 4 AZR 549/08 -
KommJur 9/2010, 345-360

Legal Tribune ONLINE

Job. Wissen. Leben.

Nach dem Fall Emmely

Freibrief für Arbeitnehmer

Neue Linie seit dem Fall "Emmely": In einem aktuellen Urteil erklärt auch das LAG Berlin die Kündigung einer langjährig Beschäftigten für unwirksam, obwohl sie nicht nur einen Bagatellbetrag entwendete. Dr. Marc Spielberger über die Risiken der neuen Rechtsprechung für Arbeitgeber - und wie sie zu minimieren sind.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/1661/Freibrief-fC3BCr-Arbeitnehmer/>

Gero Schneider

Richterliche Kontrolle von Betriebsvereinbarungen und Flexibilisierung von Arbeitsbedingungen

Baden-Baden 2010

154 S., 38,00 €

ISBN 978-3-8329-5080-4

Betriebsvereinbarungen können zukünftig als Flexibilisierungsinstrument der Wahl genutzt werden. Das vorliegende Buch stellt erstmals umfassend dar, weshalb sowohl freiwillige und erzwingbare Betriebsvereinbarungen als auch freiwillige und erzwingbare Sozialpläne und Richtlinien nach dem SprAuG richterlich nur einheitlich und beschränkt zu kontrollieren sind.

Der Autor begründet nach Darstellung der Entwicklung der Rechtsprechung in Bezug auf die AGB-Kontrolle von Einzelarbeitsverträgen im Wege kunstgerechter Auslegung die Beschränkung der mit der Schuldrechtsmodernisierung erfolgten Aufhebung der Bereichsausnahme der AGB-Kontrolle für das Arbeitsrecht ausschließlich auf Arbeitsverträge. Aus dieser gesetzgeberischen Entscheidung leitet der Autor ferner ab, dass die von der Rechtsprechung durchgeführte Inhalts- und Billigkeitskontrolle spätestens seit 2002 abzulehnen ist, Betriebsvereinbarungen mithin nur einer Rechtskontrolle unterliegen.

Das Werk richtet sich sowohl an im Arbeitsrecht tätige Praktiker als auch an interessierte Unternehmer und Betriebsräte, die durch Flexibilisierung von Arbeitsbedingungen Arbeitsplätze sichern wollen.

www.nomos.de

14. Sozialrecht

Stefan Schmidt

Die Auswirkungen des GATS auf den deutschen Gesundheitssektor

Europäische Hochschulschriften - Reihe II,
Bd. 5036

Frankfurt am Main 2010
282 S., 52.80 €
ISBN 978-3-631-60232-4

Dem grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr werden hohe Wachstumsraten vorausgesagt. Nicht nur in Europa durch das Gemeinschaftsrecht, auch auf globaler Ebene wird eine Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen angestrebt. Den rechtlichen Rahmen schafft das Allgemeine Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) der Welthandelsorganisation. Der Verfasser untersucht, welche Auswirkungen das GATS auf den wirtschaftlich bedeutenden deutschen Gesundheitssektor hat und ob letztlich begründeter Anlass für etwaige Befürchtungen in diesem sensiblen Bereich besteht. Zunächst wird dazu der Gesundheitssektor dargestellt und im Anschluss die Regelungsstruktur und Bedeutung des GATS aufgezeigt. Es wird festgestellt, dass es sich bei den verschiedenen Gesundheitsdienstleistungen um solche im Sinne des GATS handelt. Im Mittelpunkt steht die Vereinbarkeit der deutschen Rechtslage mit dem GATS. Im Ergebnis bescheinigt der Autor dem GATS kaum Auswirkungen auf den Gesundheitssektor und zeigt, dass es den Mitgliedsstaaten viel Raum lässt.

Zum Inhalt

- Grundlagen des Dienstleistungshandels im Gesundheitssektor
- Das GATS als materielles Recht der WTO
- Die Bedeutung der GATS-Regelungen für den Dienstleistungssektor Gesundheit
- Zukunftsperspektiven für den Gesundheitssektor und das GATS

- Fortschreitende Liberalisierung im deutschen Gesundheitssektor
- Die zukünftige Entwicklung des GATS und seine Bedeutung.

www.peterlang.com

ÖSTERREICH

Dietrich Scherff

ARD Handbuch 2010

zum Arbeits-, Sozialversicherungs-
und Steuerrecht

Wien 2010
762 S., 67.10 €
ISBN 978-3-7007-4646-1

www.lexisnexis.at

Jost Hüttenbrink

Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II

Hilfe zum Lebensunterhalt (Hartz IV),
Grundsicherung, sonstige Ansprüche
(z. B. Hilfe zur Pflege), Verfahren,
Verwandtenregress

12. Aufl., München 2011
Erscheinungstermin: 01.03.2011
9.90 €, ISBN 978-3-423-50716-5

www.dtv.de

Peter Ch. Kunkel (Hrsg.)

Sozialgesetzbuch VIII

Kinder- und Jugendhilfe

4. Aufl., Baden-Baden 2010
1100 S., 79.00 €
ISBN 978-3-8329-4972-3
Erscheinungstermin: Januar 2011

Der „Kunkel“ ist aus der täglichen Praxis nicht mehr weg zu denken. Die vierte Auflage setzt sich mit allen Gesetzesänderungen – auch dem geplanten Kinderschutzgesetz – auseinander und bringt die Argumentation auf den aktuellen Stand.

www.nomos.de

Georg Vogel | Hans J. Dörbandt (Hrsg.)

SGB XI

Leistungsberechtigter Personenkreis

CareHelix-Pflege, Bd. 3

Sankt Augustin 2010
286 S., 19.90 €
ISBN 978-3-537-72803-6



Gegenstand dieses Bandes der Schriftenreihe „CareHelix – Pflege“ ist die Frage, wer berechtigt ist, die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung in Anspruch zu nehmen. Es wird klar abgegrenzt, wer als erheblich pflegebedürftig, als schwerpflegebedürftig und wer als schwerstpflegebedürftig nach dem Sozialgesetzbuch Elftes Buch (SGB XI) leistungsberechtigt ist. Dazu wird im Einzelnen auf die Vorrichtungen bzw. Aktivitäten des täglichen Lebens eingegangen und in diesem Zusammenhang insbesondere hervorgehoben, dass nur der verrichtungsbezogene Hilfebedarf maßgeblich ist, der aufgrund der Behinderung oder Funktionseinschränkung zwangsläufig anfallen muss. Darüber hinaus werden in diesem Band auch die sozialpolitisch problematischen Bereiche wie z. B. die Demenz deutlich herausgestellt und auch die Schwierigkeiten für den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) bei der Begutachtung im häuslichen Umfeld angesprochen. Die Ausführungen und Hinweise sollen den Betreffenden die Beurteilung des Hilfebedarfs erleichtern. Wesentlicher Inhalt ist auch die neuere Gesetzgebung, insbesondere die neuen Fristenregelungen, die vorgeben, innerhalb welcher Zeit der Leistungsberechtigte mit einer Entscheidung seiner Pflegekasse rechnen kann, und damit natürlich auch, innerhalb welcher Zeit sowohl der MDK als auch die Pflegekassen tätig werden müssen.

www.asgard.de

15. Wirtschaftsrecht

Johannes Semler | Rüdiger Volhard
Jochem Reichert (Hrsg.)

Arbeitshandbuch für die Hauptversammlung

3. Auflage, München 2010
900 S., 110,00 €
ISBN 978-3-8006-3703-4

Vorteile

- zur Vorbereitung und Abwicklung einer Hauptversammlung
- alle Reformen
- praktische Muster

Zum Werk

Seit der 2. Auflage hat das Aktienrecht zahlreiche Entwicklungen erfahren. An Gesetzen sind u.a. zu nennen, das Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts (UMAG), das Elektronische Handels- und Genossenschaftsregister (EHUG), das Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (TUG), Finanzmarktrichtlinie-Umsetzungsgesetz, das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) und das Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie (ARUG). Insbesondere das letzte bewirkt einschneidende Änderungen bei der Vorbereitung und Durchführung von Hauptversammlungen.

Neben der Aktualisierung und zum Teil Neugliederung der Ausführungen werden in neuen Kapiteln die Besonderheiten der SE und KGaA dargestellt. Auch die Besonderheiten der nicht börsennotierten AG werden im Handbuch ein Zusammenhang der jeweiligen Kapitel abgebildet.

www.vahlen.de

Christian Rock

Zweckfortfall beim genehmigten Kapital

Eine Untersuchung zu bestehenden
Vorstandspflichten bei gescheiterter
Bar- und Sachkapitalerhöhung

Schriften zum Handels- und Gesellschaftsrecht, Bd. 75

Hamburg 2010
234 S., 78,00 €
ISBN 978-3-8300-4862-6

Ist das Bezugsrecht im Rahmen einer genehmigten Kapitalerhöhungen ausgeschlossen, können sich während des mehrstufigen Kapitalerhöhungsverfahrens die dem Bezugsrechtsausschluss zugrunde liegenden Begleitumstände ändern und der Ausschlusszweck nachträglich entfallen. Dann stellt sich die Frage, ob und welche Pflichten den Vorstand treffen, um den mit ihrem Bezugsrecht ausgeschlossenen Altaktionären den Bezug der jungen Aktien zu ermöglichen. Gelingt dies nicht, gilt es weiter zu klären, auf welcher Grundlage und in welcher Art die Altaktionäre entschädigt werden können.

Die Studie behandelt in ihrem ersten Teil den "Tatbestand des Zweckfortfalls". Darin steht die Frage im Mittelpunkt, warum es überhaupt zu einem Zweckfortfall kommen kann und wann dieser tatbestandlich – auch und gerade – in zeitlicher Hinsicht eintreten kann. Hierzu wird die Rechtsprechungsentwicklung zur materiellen Ausschlusskontrolle ebenso dargestellt wie die Diskussionen um den Mindestausgabebetrag der zu emittierenden Aktien. Die Untersuchung führt zu dem Ergebnis, dass ein Zweckfortfall frühestens durch die Ausübungsentscheidung des Vorstands vorliegen kann, zumal damit eine selbstbindende Entscheidungskonkretisierung des Ausschlusszwecks eintritt.

Der zweite Teil befasst sich sodann auf Grundlage der gefundenen Ergebnisse mit den "Rechtsfolgen eines Zweckfortfalls". Hierbei wird ein Zweckfortfall sowohl am

Beispiel einer genehmigten Barkapitalerhöhung als auch einer Sachkapitalerhöhung untersucht. Die Studie führt zu den Ergebnissen, dass – je nach Zeitpunkt des Zweckfortfalleintritts und Art der Ermächtigung des Vorstands – derselbe u.a. entweder das Kapitalerhöhungsverfahren einstellen, sich um einen Änderungsbeschluss der Hauptversammlung bemühen oder aber den Aktienbezug anhand sogenannter Ersatzbezugsrechte gewährleisten muss. Sollte dies nicht möglich sein, gelangt die Arbeit über die Entwicklung einer gesellschaftsbezogener Organstreuepflicht zu einem unmittelbaren Schadensersatzanspruch der Altaktionäre gegenüber den Verwaltungsmitgliedern. Dieser ist in aller Regel mangels Naturalrestitution in Geld auszugleichen.

www.verlagdrkovac.de

Christian Giurgiu

Die Investmentaktiengesellschaft in ihrer Eignung für börsengehandelte Fonds (ETF)

Deutsche Investment-Alternative im Vergleich zu ausländischen Investmentgesellschaften

Hamburg 2010
72 S., 28,00 €
ISBN 978-3-8366-8374-6

www.diplomica-verlag.de

Florian Ochmann

Die Aktionärsrechte-Richtlinie

Auswirkungen auf das deutsche
und europäische Recht

Schriften zum europäischen und internationalen Privat-, Bank- und Wirtschaftsrecht, Bd. 35

Berlin 2010
206 S., 69,95 €
ISBN 978-3-89949-762-5

www.degruyter.de

16. Wettbewerbsrecht | Kartellrecht

Hermann J. Blanke | Arno Scherzberg
Gerhard Wegner (Hrsg.)

Dimensionen des Wettbewerbs

Europäische Integration zwischen Eigen-
dynamik und politischer Gestaltung

Tübingen 2010
540 S., 75.00 €
ISBN 978-3-16-150373-3



Wettbewerb ist ein zentrales Gestaltungsmittel freiheitlicher Gesellschaften, um im Rahmen des Marktes die Disposition über knappe Ressourcen zu steuern. Zunehmend kommt er jedoch auch außerhalb der ökonomischen Sphäre zum Einsatz. Vorreiter ist hier die Europäische Union, in der die supranationalen Freiheitsgarantien nicht nur zu einem Wettbewerb der Produktionsstandorte, sondern auch zu einem Wettbewerb der politischen und kollektiv-vertraglichen Regelungssysteme geführt haben. Das Paradigma des Wettbewerbs erfährt damit eine Ausweitung, nationalstaatliche Steuerungsstrategien und Gemeinwohlvorstellungen gelangen unter Konkurrenzdruck. Damit stellt sich die Frage nach dem Konzept des Wettbewerbs, seiner Leistungskraft und seinen Leistungsgrenzen neu. Diese Thematik war Gegenstand einer im Jahre 2008 an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt veranstalteten interdisziplinären Tagung, deren Ergebnisse im vorliegenden Band vorgestellt werden.

Ausgangspunkt der theoretischen Analysen sind dabei das ökonomische Konzept des Wettbewerbs und die Frage, ob und wie Wettbewerb so strukturiert werden kann, dass er als Steuerungsinstrument auch außerhalb des privatwirtschaftlichen Kontextes sachgerecht zum Einsatz kommen kann. Weitere allgemeine Überlegungen gelten dem Wettbewerbsverständnis der Europäischen Union, wie es sich aus den Grundfreiheiten, den wettbewerbsrechtlichen Verbotstatbeständen und ihrer Anwendung durch die Europäischen Institutionen ergibt. Spezifische Analysen widmen sich der Tauglichkeit des Wettbewerbsparadigmas und seinen Folgen für einzelne Betätigungsfelder der Union wie

das Steuer- und Gesellschaftsrecht, die Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik. Ein Generalbericht führt die verschiedenen Argumentationslinien zusammen und vertieft die theoretische Rahmung.

www.mohr.de

Alexander W. Schilling

Passivlegitimation im gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht

Die Bestimmung des Anspruchsgegners des urheber-, marken- und wettbewerbsrechtlichen Unterlassungsanspruchs anhand von Verkehrspflichten

Schriften zum Handels- und Wirtschaftsrecht, Bd. 21

Frankfurt am Main 2010
139 S., 34.80 €
ISBN 978-3-631-61034-3

Die Passivlegitimation im Urheber-, Marken- und Wettbewerbsrecht unterliegt einer sich ständig wandelnden Rechtsprechung. Insbesondere der Bundesgerichtshof versucht auf die mannigfaltigen Rechtsverletzungen durch die Nutzung des Internets zu reagieren.

Hierdurch wurde eine Vielzahl von Zurechnungssystemen zur Bestimmung der Passivlegitimierten geschaffen. Auch in der Literatur zum gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht konnten sich keine einheitlichen Kriterien zur Bestimmung des Anspruchsgegners des urheber-, marken- und wettbewerbsrechtlichen Unterlassungsanspruchs herausbilden. Diese Arbeit zeigt einen dogmatisch sauberen und für die drei genannten Rechtsgebiete tauglichen Lösungsansatz über die Einbindung der Verkehrspflichten in die untersuchten Rechtsgebiete. Die als Störerhaftung bekannte Inanspruchnahme von lediglich mittelbar an einer Rechtsverletzung Teilnehmenden wird anhand der im Bürgerlichen Recht entwickelten Verkehrspflichtdogmatik bestimmt.

Die Verkehrspflichtverletzung ersetzt und konkretisiert die bisher von der Rechtsprechung angewandte Voraussetzung der Verletzung einer Prüfungspflicht. Darüber

hinaus schafft sie die Möglichkeit, einen mittelbaren Verletzer für die Begehung eigenen Unrechts haften zu lassen, und hierneben den Störer für die Teilnahme an der Begehung fremden Unrechts.

www.peterlang.com

Alexandra Heliosch

TK-Recht: Bußgelder wegen unerlaubter Telefonwerbung, (Beilage CR-aktuell)
CR 9/2010, (Beilage CR-aktuell),
S. 99

OLG Hamm

Werbung für nicht lieferbare Ware ist wettbewerbswidrig
U. v. 22.04.2010 - I-4 U 205/09 -
RdW 18/2010, 567-568

ÖSTERREICH

Helmut Gamerith

Unternehmensrecht Wettbewerbsrecht I - UWG

Unlauterer Wettbewerb

7. Aufl., Wien 2011
140 S., 16.10 €
Erscheinungstermin: März 2011
ISBN 978-3-7007-4697-3

www.lexisnexis.at

SCHWEIZ

Felix Schraner

Kartellrecht und Immaterialgüterrecht

Ihr Verhältnis und die einseitige Einführung regionaler Erschöpfung im Patentrecht

Europa Institut Zürich, Bd. 109

Zürich 2010
320 S., 60.00 €
ISBN 978-3-7255-6121-6

www.schulthess.com

17. Gewerblicher Rechtsschutz

Christoph Ann | Ronny Hauck

Auskunftsanspruch und Geheimnisschutz im Patentverletzungsprozess

Köln 2010
100 S.,
ISBN 978-3-452-27445-8
Erscheinungstermin: Dezember 2010

Immer wieder stellt sich in Verletzungsprozessen die Frage, welche Informationsansprüche Rechteinhabers gegen Verletzer geltend machen können, wie weit diese Ansprüche reichen oder in wie weit Verletzerinteressen schutzwürdig sind, etwa wenn die Erteilung von Auskunft die Offenbarung von Unternehmensgeheimnissen zur Folge hätte. Namentlich wenn nach §§ 140b PatG oder 19 MarkenG Auskunft über Preise gefordert wird, die der Verletzer durchgesetzt hat, ergeben sich hier sehr rasch auch kartellrechtliche Bedenken und man fragt sich, welchen Schutz Unternehmensgeheimnisse heute genießen, die früher durch den Wirtschaftsprüfervorbehalt geschützt waren.

Obwohl die Praxisrelevanz des Themas auf der Hand liegt, wird es in der Literatur bislang nur marginal behandelt. Dabei sind alle im Patentwesen Tätigen potentiell von dem Thema betroffen. Für Verletzer erklärt sich dies von selbst. Doch auch als Hersteller tätige Rechteinhaber wissen genau, wie leicht - trotz aller Sorgfalt - auch sie Auskunftsansprüchen ausgesetzt sein können und welche existentielle Dimension solche Auskunftsansprüche sehr rasch annehmen können.

www.heymanns.com

Heymanns Fachseminare

Das Patentnichtigkeitsverfahren 15.11.2010, München

www.seminare-recht.de

J. D. von Uexküll

Wörterbuch der Patent- und Markenpraxis

8. Aufl., Köln 2011
108.00 €
ISBN 978-3-452-27418-2
Erscheinungstermin: November 2011

www.heymanns.com

Mathias Kleespies
Markus Hoffmann (Hrsg.)

Formular-Kommentar Markenrecht

2. Aufl., Köln 2010
1160 S.
208.00 €
ISBN 978-3-452-27437-3



Erscheinungstermin: Dezember 2010

Die innovative Darstellung des gesamten Kennzeichenrechts auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene bietet eine ideale Mischung aus Praxishandbuch und Formular-Kommentar. Praxiswertbare Muster und Formulare werden eingebettet in einer Gesamtdarstellung des Markenrechts erläutert. Das ermöglicht es den Nutzern, Einzelfragen schnell und sicher zu lösen und dabei immer das Gesamte im Blick zu haben.

Zu den typischen Konstellationen der Kennzeichenpraxis
Die Gliederung des Werkes ist an den typischen Konstellationen der Kennzeichenpraxis ausgerichtet: Kennzeichenerlangung, Kennzeichendurchsetzung im Verletzungsfall sowie Kennzeichenverwertung im Rechtsverkehr. Dabei ist der gesamte inhaltliche Aufbau vom Allgemeinen hin zum Speziellen strukturiert. Zahlreiche Schautafeln und Übersichten erleichtern den Überblick. Viele Praxis- und Strategietipps vermitteln Spezial-Know-how.

www.heymanns.com

Patricia Bohn

Parallelimportregelungen im Patent- und Markenrecht in Lateinamerika

Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht
Lateinamerikas, Bd. 17

Baden-Baden 2010
394 S., 89.00 €
ISBN 978-3-8329-5762-9
Erscheinungstermin: Oktober 2010

In den Industrienationen haben sich Rechtsprechung und Lehre eingehend mit der Frage auseinandergesetzt, ob Patent- und Markenrechte ihrem Inhaber die Rechtsmacht einräumen dürfen, Parallelimporte geschützter Produkte in Integrationsgemeinschaften sowie auf einzelstaatlicher Ebene zu unterbinden. Die so beschriebene Parallelimportfrage ist in Lateinamerika bislang nur vereinzelt behandelt worden. Dabei stellt sich diese im Zusammenhang mit den zahlreichen, auf die Verwirklichung des freien Warenverkehrs ausgerichteten Integrationsgemeinschaften in Lateinamerika besonders.

Die vorliegende Studie untersucht unter besonderer Berücksichtigung der bislang in den Industrienationen angewandten Parallelimportkonzepte und der spezifischen Interessenlage Parallelimportregelungen im Patent- und Markenrecht in den wichtigsten lateinamerikanischen Integrationssystemen und Ländern. Sie zeigt dabei unter Hinweis auf gesetzgeberischen Nachbesserungsbedarf auf, dass offene Regelungen, die den Parallelhandel gestatten, den spezifischen Interessen der untersuchten Integrationsgemeinschaften und Länder grundsätzlich eher gerecht werden als restriktive Parallelimportregelungen.

www.nomos.de

18. Steuerrecht

Stephan Schauhoff

Handbuch der Gemeinnützigkeit

Verein, Stiftung, GmbH. Recht, Steuern,
Personal

3. Auflage, München 2010
1200 S., 98.00 €
ISBN 978-3-406-59794-7



Umfassender Überblick

Das Handbuch bildet den bestehenden Meinungsstand in der zersplitterten Rechtsmaterie aus zivil-, gesellschafts-, steuer- und organisationsrechtlicher Sicht ab. Es verdeutlicht die Grundregeln, die hinter der Fülle an Einzelfallentscheidungen stehen, und hilft den Verantwortlichen, den Handlungsrahmen für ihren konkreten Fall zu kennen und einzuhalten.

Stand 1. Mai 2010!

Eingearbeitet wurden u. a.:

- Reform des Stiftungs-, Vereins- und GmbH-Rechts
- Gesetz zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements
- Steuerliche Neuerungen auf Grund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes
- Neues Spendenrecht
- Rechtsprechung: z. B. zur Steuerbefreiung des Zweckbetriebs und zur Unmittelbarkeit als Dienstleister der öffentlichen Hand
- Umfassende umsatzsteuerrechtliche Änderungen
- Änderung des Bilanzrechts und neue Rechnungslegungsrichtlinie

Neu enthalten:

- Eigenes Kapitel zur Gemeinnützigkeit der Körperschaft der öffentlichen Hand
- Eigenes Kapitel zum Europäischen und Internationalen Steuerrecht aufgrund des immer stärkeren Einflusses des europäischen Beihilferechts.

Von der Finanzierung über Steuern und Rechnungslegung bis hin zu den arbeits-, sozial- und europarechtlichen Aspekten finden Sie hier praxisgerechten Rat. Durch seine Detailfülle und konkreten Gestaltungsempfehlungen hilft Ihnen der Schauhoff, gemeinnützige Organisationen in der Praxis zu steuern.

www.beck-shop.de

ÖSTERREICH

Werner Doralt | Brigitte Gabriel-Lang
Brigitte Leitgeb

KODEX Zollrecht und Verbrauchsteuern

19. Auflage, Wien 2010
1488 S., 102.10 €
ISBN 978-3-7007-4624-9

www.lexisnexis.at

Schwerpunkt

IWB 18/2010 – Steuerrecht in ITALIEN

ÖSTERREICH

Stefan Melhardt

Umsatzsteuer-Handbuch 2010

Wien 2010
1104 S., 120.60 €
ISBN 978-3-7073-1663-6

www.lindeverlag.at

Michaela Engel

Vermögensverwaltende Personengesellschaften und ertragsteuerrechtliche Selbständigkeit

Herne 2011
350 S., 59.00 €
Erscheinungstermin: März 2011
ISBN 978-3-482-63181-8

www.nwb.de

SCHWEIZ

Daniel R. Gygax | Daniel R. Gygax (Hrsg.)

Das neue Mehrwertsteuergesetz 2010

Textausgabe zum nMWSTG mit Erläuterungen und Übergangsinformationen der Eidg. Steuer- und Zollverwaltung

Stäfa 2010
388 S.
ISBN 978-3-905901-51-1

www.steuergesetze.ch

Thomas Eisgruber | Ulrich Schallmoser

Abgabenordnung

München 2010
77 S., 18.00 €
ISBN 978-3-8006-4023-2

www.vahlen.de

Sibyl T. Rieper

Steuerverfehlungen als Tatbestandsmerkmale von AO-Vorschriften

Bochumer Schriften zum Steuerrecht,
Bd. 19

Frankfurt am Main 2010
243 S., 47.80 €
ISBN 978-3-631-60123-5

www.peterlang.com

Carsten Weerth

Die Internetzollanmeldungen bei Einfuhr, Versand und Ausfuhr – eine Abwicklungshilfe –

2. Aufl., Göttingen 2010
172 S., 26.00 €
ISBN 978-3-86844-252-6

www.sierke-verlag.de

19. Umwelt | Agrar | Energie

Benjamin Munte

Die Pflicht des Grundeigentümers zur Duldung der Jagdausübung auf seinem Grundstück

im Lichte des Grundgesetzes und der Europäischen Menschenrechtskonvention

Verfassungsrecht in Forschung und Praxis, Bd. 53

Hamburg 2008,
242 Seiten
ISBN 978-3-8300-3559-6



» Der Autor widmet sich in seiner Dissertationsschrift der hochaktuellen Frage, ob die Pflichtmitgliedschaft des Grundeigentümers in der Jagdgenossenschaft und die damit verbundene Pflicht zur Duldung der Jagd auf seinem Grund und Boden mit dem Grundgesetz und der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar ist. Sein Fazit: Die bestehenden gesetzlichen Regelungen und das Reviersystem greifen vereinzelt in Grundrechte ein. Diese Eingriffe sind aber gerechtfertigt. Es wäre zu wünschen, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte diese Abhandlung bei seiner Entscheidung über die Zwangsmitgliedschaft in Jagdgenossenschaften gebührend berücksichtigt. «

Zum Inhalt:

Die Pflicht des Grundeigentümers zur Duldung der Jagdausübung auf seinem Grundstück wird in der Fachliteratur sehr kontrovers diskutiert und ist auch bereits Gegenstand der deutschen und internationalen (Frankreich, Luxemburg) Rechtsprechung gewesen.

In Zukunft wird sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit dieser Problematik in Bezug auf die deutsche Rechtslage befassen.

Der Autor überprüft, ob die Duldungspflicht gegen das Grundgesetz (Kapitel 1) oder die Europäische Menschenrechtskonvention (Kapitel 2) verstößt.

Schwerpunkt von Kapitel 1 bildet die Untersuchung, ob sich aus Art. 9 Abs. 1 GG überhaupt oder auch nur partiell gegenüber Zwangsinformationen in öffentlich-rechtlichen Körperschaften ein Grundrecht auf "negative" Vereinigungsfreiheit herleiten lässt. Die Beantwortung dieser Frage ist bedeutsam, da durch das Reviersystem in Deutschland eine Zwangsmitgliedschaft in der Jagdgenossenschaft ergibt. Entgegen der Rechtsprechung entnimmt der Autor dem Art. 9 Abs. 1 GG ein Grundrecht auf negative Vereinigungsfreiheit. Dies führt dazu, dass die Zwangsmitgliedschaft der Jagdgenossenschaft nur mittels immanenter Schranken zu rechtfertigen wäre. Diese sucht der Autor in den grundrechtlichen Schutzpflichten des Staates.

Neben diesem Schwerpunkt wird überprüft, ob die Duldungspflicht der Jagdausübung das grundrechtlich geschützte Eigentum, die Gewissensfreiheit oder das Gleichheitsgebot verletzt. Darüber hinaus wird auf Art. 20a GG eingegangen.

Im Kapitel 2 wird geprüft, ob die Pflicht zur Duldung der Jagdausübung mit der EMRK vereinbar ist. In diesem Zusammenhang wird die deutsche Rechtslage mit der französischen Rechtslage verglichen, da der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Jahre 1999 das damalige französische Jagdrecht als nicht vereinbar mit der EMRK einstufte.

Schlagworte

Grundeigentümer, Jagdgenossenschaft, öffentlich-rechtliche Körperschaft, Zwangsmitgliedschaft, Pflichtmitgliedschaft, Negative Vereinigungsfreiheit, Jagdrecht, Hege, Hegepflicht, Bundesjagdgesetz, Europäische Menschenrechtskonvention, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Schutzpflichten des Staates, Verfassungsimmanente Schranken, Jagd und Tierschutz, Jagd, Jagdausübung, Jagdausübungsrecht, Jagd und Gewissensfreiheit, Zwangsjagd, Zusatzprotokoll 1 EMRK, Art. 9 EMRK, Art. 14 EMRK

www.verlagdrkovac.de

Christian J. Tams

Internationales Wirtschaftsrecht als Grenze deutscher Umweltpolitik? Anmerkungen zum Rechtsstreit Vattenfall gegen Deutschland

NordÖR 9/2010, 329-334

Matthias Wüster | Evelyn Klein

Steuerrechtliche Beurteilung von Fotovoltaikanlagen

NWB direkt 39/2010, 1020

Jens Kaltenborn

Umweltschutzrechtliche Anforderungen an die Zulassung von Energieversorgungsleitungen nach § 43 EnWG

LKRZ 9/2010, 321-326

Alfred Scheidler

Rechtsnatur und Wirkungen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung - Einbindung der Gemeinde

LKRZ 9/2010, 326-330

Jantje Struß

Die großflächige Ausbringung von GVO in die Umwelt

Umweltrechtliche Studien

Studies on Environmental Law, Bd. 41

Baden-Baden 2010

337 S., 89.00 €

ISBN 978-3-8329-5457-4

www.nomos.de

Curt M. Jeromin | Jochen Kerkmann

Kommentar zum Wasserhaushaltsgesetz

Köln 2010

Loseblattsammlung, 98.00 €

ISBN 978-3-472-07837-1

Erscheinungstermin: November 2010

www.wolterskluwer.de

20. Bauen | Wohnen | Immobilien

OLG Dresden

Wohngebäudeversicherung: Für nach Abschluss der Regulierung auftretende Schäden beginnt die Verjährungsfrist des § 12 Abs. 1 VVG a.F. neu zu laufen
U. v. 11.03.2010 - 4 U 846/09 -
VersR 27/2010, 1212-1213

OLG Karlsruhe

Wohngebäudeversicherung: Vor Fertigstellung des Gebäudes ist der Wert des Rohbaus maßgeblicher Versicherungswert
U. v. 18.02.2010 - 12 U 167/09 -
VersR 27/2010, 1213-1215

Dirk Both

Aktuelle Rechtsprechung zum Gewerbetriemraum: Unterschiedliche Abrechnungsfehler bei Betriebskosten und ihre Folgen
NWB direkt 38/2010, 999

Udo Steiner

Baurecht

Mit den Bezügen zum Raumordnungs- und Landesplanungsrecht

Prüfe dein Wissen, Bd. 18

5. Aufl., München 2010
269 S., 19.50 €
ISBN 978-3-406-60571-0



Baurecht in Frage und Antwort

Der Band führt anhand von Fällen aus der Rechtsprechung und aus juristischen Prüfungen in das öffentliche Baurecht ein. Den Schwerpunkt bildet das Bauplanungsrecht, insbesondere die Bauleitplanung (Verfahren, materiell rechtliche Anforderungen, Rechtsschutz), das materielle Städtebaurecht und die Instrumente zur Sicherung der Bauleitplanung. Erläutert ist auch das Bauordnungsrecht anhand der Bayerischen Bauordnung. Die entsprechenden Vorschriften der anderen Länder sind jeweils in Anmerkungen zusammengestellt, sodass der Band ohne Einschränkung bundesweit nutzbar ist.

www.beck-shop.de

Guido Kolbeck

Bauvoranfrage und Bauvorbescheid

Hannoversches Forum der Rechtswissenschaften, Bd. 35

Baden-Baden 2010
420 S., 98.00 €
ISBN 978-3-8329-5558-8



Der baurechtliche Vorbescheid ermöglicht eine zeitliche und inhaltliche Gliederung komplexer Entscheidungen. Er ist damit das wichtigste Instrument der Verfahrensstufung im baurechtlichen Genehmigungsverfahren. Insbesondere aufgrund der Bindungswirkung für das nachfolgende Baugenehmigungsverfahren hat dieses Institut eine erhebliche Praxisrelevanz.

Vor diesem Hintergrund werden in der Arbeit die Probleme und Streitfragen aufgezeigt, die sich im Rahmen der Voranfrage und des Vorbescheids ergeben. Dabei trägt der Autor auch den landesrechtlichen Besonderheiten Rechnung und liefert praxisorientierte Lösungsansätze.

Das Werk gibt sowohl dem Bauherrn als auch der behördlichen und gerichtlichen Praxis eine Hilfestellung für eine ordnungsgemäße Durchführung des Vorbescheidsverfahrens und die Beantwortung streitiger Rechtsfragen.

www.nomos.de

Jahresabrechnung in der WEG

Freiburg im Breisgau 2010
200 S., 39.80 €
ISBN 978-3-648-00370-1

www.taschenguide.de

Wolfgang Köck

Rücknahme von Baurecht
LKV 9/2010, 404-407

Günter Nies | Richard Gies (Hrsg.)

Beck'sches Formularbuch Mietrecht

Rechtsstand: voraussichtlich Juli 2010

3. Aufl., München 2010
1000 S., 98.00 €
ISBN 978-3-406-60663-2
Erscheinungstermin: November 2010

Zur Reihe

Die Reihe der Beck'schen Formularbücher trägt der zunehmenden Spezialisierung der Berufsträger Rechnung. Die Bände stellen ausgewählte Rechtsgebiete anhand zahlreicher außergerichtlicher Formulare und Mustertexte nebst Anmerkungen ebenso umfassend wie tiefgehend dar. Damit erhalten die Praktiker eine ideale Ergänzung zu den allgemeinen Formularbüchern auf der einen und zu den einschlägigen Handbüchern und Kommentaren auf der anderen Seite.

Zum Werk

Das bewährte Beck'sche Formularbuch Mietrecht stellt die gesamte Palette der außergerichtlichen Tätigkeit im Bereich des Mietrechts dar. Wohn- und Geschäftsraummiere sind gleichsam erfasst. Zahlreiche ausführliche Muster zu Verträgen, Abrechnungen, einseitigen Willenserklärungen des Vermieters oder Mieters sowie zur anwaltlichen Korrespondenz behandeln sämtliche praxisrelevanten Sachverhalte - von der Anbahnung des Mietverhältnisses bis zu seiner Abwicklung. Die umfangreichen Anmerkungen zum materiellen Mietrecht ermöglichen dem Nutzer die optimale Anpassung des einschlägigen Musters an das konkrete Mandat und eine weitergehende Recherche.

Die beigelegte CD-ROM enthält alle Vertragsmuster (ohne Anmerkungen) zur Übernahme in die eigene Textverarbeitung.

www.beck-shop.de

BVerfG

Zumutbarkeit der Erhaltung eines denkmalgeschützten Gebäudes
B. v. 14.04.2010 - 1 BvR 2140/08 -
KommJur 9/2010, 337-339

21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

BGH

Arzthaftung: Reichweite der Aufklärungspflicht über das Risiko einer für die konkrete Behandlung noch nicht berichteten Querschnittslähmung

U. v. 06.07.2010 - VI ZR 198/09 -
VersR 27/2010, 1220-1221

OLG Oldenburg

Arzthaftung: Das Aufklärungsgespräch mit dem Arzt kann nicht durch Aushändigung eines "Perimed"-Bogens ersetzt werden

U. v. 27.05.2009 - 5 U 43/08 -
VersR 27/2010, 1221-1223

Bianca Büchner

Das Kontokorrent als Schlüssel der „Aufrechnung“ im Vertragsarztverhältnis
SGb 9/2010, 513-516

OLG Köln

Zulässigkeit der Werbung für ein Arzneimittel

U. v. 08.05.2009 - 6 U 233/08 - (LS)
StoffR 4/2010, 194

OVG Niedersachsen

Anforderungen an die Begründung einer lebensmittelrechtlichen Anordnung zur Verhütung künftiger Verstöße gegen das Verbot des Inverkehrbringens nicht sicherer Lebensmittel

B. v. 10.05.2010 - 13 Me 181/09 - (LS)
StoffR 4/2010, 194

BGH

Beurteilung des Unterfallens eines Erzeugnisses der Definition eines Funktionsarzneimittels

U. v. 14.01.2010 - I ZR 67/07 - (LS)
StoffR 4/2010, 194

ÖSTERREICH

Werner Doralt (Hrsg.)

KODEX Lebensmittelrecht

11. Aufl., Wien 2010
736 S., 62.30 €
ISBN 978-3-7007-4655-3

www.lexisnexus.at

Rolf Gröschner

Die Lage als weinrechtliches Qualitätskennzeichen

Schriften des Hellmuth-Loening-Zentrums für Staatswissenschaften Jena, Bd. 19

Berlin 2010
65 S., 11.90 €
ISBN 978-3-8305-1828-0

Europäisches und deutsches Recht schützen ein legitimes verbandspolitisches Interesse: die Lage als weinrechtliches Qualitätskennzeichen werbewirksam vermarkten zu dürfen. Dieses Ergebnis des vorliegenden, auf Ansuchen des Verbandes Deutscher Prädikatsweingüter erstatteten Gutachtens hat seinen tragenden Grund in der Schloßberg-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Weil die Lage als »werbliches Kennzeichnungsmittel« dem Schutzbereich der Wettbewerbsfreiheit von Weinerzeugern unterfällt, sind die Befugnisse der Weinüberwachung in diesem Bereich auf die Verhinderung unlauteren Wettbewerbs beschränkt.

www.bvw-verlag.de

Miriam S. Nabinger

Haftung für Mikroorganismen

Ausreichende Schadenskompensation bei Seuchen?

Nomos Universitätsschriften Recht,
Bd. 689

Baden-Baden 2010
251 S., 64.00 €
ISBN 978-3-8329-5710-0

www.nomos.de

ÖSTERREICH

Lukas Kaelin (Hrsg.)

Biotechnik am Beginn menschlichen Lebens

Eine Analyse mit Theodor W. Adornos Gesellschaftstheorie

Schriftenreihe Ethik und Recht in der Medizin, Bd. 6

Wien 2010
229 S., 43.72 €
ISBN 978-3-7091-0390-6

Die Möglichkeiten für biotechnische Eingriffe am Beginn menschlichen Lebens nehmen stetig zu. Dabei werfen solche, die der Prüfung und Manipulation des Embryos nach einer künstlichen Befruchtung dienen, eine Reihe ethischer Fragen auf. In dem Band werden diese Fragen im Hinblick auf die Gesellschaftstheorie Theodor W. Adornos analysiert. Damit wird eine neue Perspektive möglich, die die in der Diskussion häufig vernachlässigte soziale Dimension biotechnischer Eingriffe am Beginn menschlichen Lebens stärker in den Mittelpunkt rückt.

www.springer.com

ÖSTERREICH

Werner Doralt | Sylvia Füzsl
Meinhild Hausreither

KODEX Ärztrecht

einschließlich dem Zahnärztrecht

9. Aufl., Wien 2010
832 S., 71.00 €
ISBN 978-3-7007-4732-1
Erscheinungstermin: Oktober 2010

www.lexisnexus.at

Cristina Baier

Datenschutz beim Einsatz von Internet, Intranet und E-Mail am Arbeitsplatz

Schriftenreihe zum Kommunikations- und
Medienrecht, Bd. 15

Hamburg 2010
294 S., 88.00 €
ISBN 978-3-8300-5206-7



Der Arbeitnehmerdatenschutz fand in der Vergangenheit nicht die Beachtung, die seiner Bedeutung für den Grundrechtsschutz abhängig Beschäftigter zukommt. In jüngster Zeit hat sich dies gewandelt - nicht zuletzt aufgrund der zahlreichen Datenschutzskandale in namhaften deutschen Unternehmen. Nach jahrzehntelanger Untätigkeit auf diesem Gebiet sind nun mit der zum 1. September 2009 erfolgten Einfügung einer Vorschrift zum Beschäftigtendatenschutz in das Bundesdatenschutzgesetz erste Schritte des Gesetzgebers zu verzeichnen – weitere sollen zeitnah folgen.

Die zunehmende Verbreitung der Kommunikationstechnologie in der Arbeitswelt hat für den Arbeitnehmerdatenschutz neue und in ihrer Dimension wohl noch nicht überschaubare Herausforderungen mit sich gebracht. Die Autorin zeigt auf, wie die Nutzung von Internet, Intranet und E-Mail am Arbeitsplatz und die diesbezügliche Kontrolle durch den Arbeitgeber in das System der bisher vorhandenen Datenschutzgesetze einzuordnen sind und geht der Frage nach, ob die vorhandenen Regelungen eine ausreichende Grundlage zur Bewältigung der bestehenden Interessenkonflikte und Problemlagen bieten. Einerseits müssen die Beschäftigten vor der unrechtmäßigen und übermäßigen Erhebung und Verwendung ihrer personenbezogenen Daten geschützt werden, andererseits bestehen berechnete Informationsinteressen des Arbeitgebers, die es zu beachten gilt.

Das Buch geht zunächst ausführlich auf die einschlägigen Rechtsgrundlagen ein. Anschließend werden die einzelnen Ausprägungen der Datenverarbeitung durch den Arbeitgeber rechtlich eingeordnet. Die datenschutzrechtliche Einwilligung sowie die Rechte der von der Datenverarbeitung betroffenen Arbeitnehmer werden dargestellt. Schließlich werden die vorhandenen Instrumente und Mechanismen zur Datenschutzkontrolle einschließlich der Folgen von Rechtsverstößen beleuchtet.

www.verlagdrkovac.de

Peter Volle

Datenschutz als Drittwirkungsproblem

Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung
personenbezogener Daten
beim Customer Relationship Management

Schriftenreihe zum Datenschutz- und
Informationsrecht, Bd. 3

Hamburg 2010
282 S., 88.00 €
ISBN 978-3-8300-5297-5

www.verlagdrkovac.de

VGH Baden-Württemberg
Rundfunkgebührenpflicht für ein Zweit-
gerät in einem Kfz, welches ein freiberu-
flich Tätiger für die tägliche Fahrt von der
Wohnung zur Arbeit nutzt
U. v. 19.05.2009 - 2 S 1015/08
ZUM-RD 8,9/2010, 507-513

OVG Niedersachsen
Zulassung zu Fensterprogrammen im
privaten Fernsehen
B. v. 19.03.2010 - 10 ME 439/08 -
ZUM-RD 8,9/2010, 513-518

Dirk Bieresborn
Datenschutz bei sozialrichterlicher Tätig-
keit, (1)
SGb 9/2010, 501-609

Philip Kempermann

Content-Regulierung in konvergierenden Medien

Schriftenreihe der Kölner Forschungsstelle
für Medienrecht, Bd. 1

Frankfurt am Main 2010
292 S., 57.80 €
ISBN 978-3-631-60175-4

Die Welt der elektronischen Medien befindet sich in ständigem Wandel. Immer neue Angebote erscheinen und führen zu einer schnellen Veränderung von althergebrachten Nutzungsmodellen. Die technische Entwicklung führt zu immer weiter konvergierenden Medien. Die rechtliche Regulierung wird dadurch vor die Herausforderung gestellt, mit der tatsächlichen Entwicklung Schritt zu halten und weitere Innovationen vorherzusehen, um nicht schon bald wieder mit der Bewertung der Angebote überfordert zu sein. Diese Arbeit untersucht mit einem Schwerpunkt auf den audiovisuellen Medien die europäischen und deutschen Rahmenbedingungen für elektronische Inhaltsangebote und prüft diese auf ihre Zukunftsfähigkeit.

www.peterlang.com

Mathias Schneider

Virtuelle Werte

Der Handel mit Accounts
und virtuellen Gegenständen im Internet

Düsseldorfer Rechtswissenschaftliche
Schriften, Bd. 90

Baden-Baden 2010
244 S., 62.00 €
ISBN 978-3-8329-5895-4

www.nomos.de

Das Wichtigste aus dem Internet:
Vergleichsrechner für die neuen GEZ-
Gebühren,
NWB direkt 39/2010, 1023

23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

OLG Stuttgart
Anlageberatung, Zinsswap, Aufklärungspflicht, Gewinnmarge, Glücksspiel-Charakter
U. v. 26.02.2010 - 9 U 164/08 - (LS) (§ 280 BGB, 16/10)
mit Anmerkung Andreas W. Tilp
EWIR 18/2010, 597-598

BGH
Wertpapierdienstleistungsunternehmen: § 34a Abs. 1 S. 1 WpHG (Pflicht zur getrennten Vermögensverwahrung ist kein Schutzgesetz i.S. von § 823 Abs. 2 BGB)
U. v. 22.06.2010 - VI ZR 212/09 -
VersR 27/2010, 1234-1236

Legal Tribune ONLINE
Job. Wissen. Leben.

Bankenrestrukturierungsgesetz Sanieren, reorganisieren, isolieren

Schon mit Wirkung ab 2011 will die Bundesregierung mit einem speziellen Sanierungs- und Insolvenzrecht systemische Gefahren abwehren, die von deutschen Banken ausgehen. Aber wie effektiv kann ein deutsches Konzept sein, wenn die Banken international verflochten sind? Dr. Dennis Heuer über gute Ansätze, die (noch?) nicht weit genug gehen.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/1639/Bankenkrise-Sanieren-reorganisieren-isolieren/>

Klaus Schneider

Rechtsschutzversicherung für Anfänger

München 2011
200 S., 24.00 €
Erscheinungstermin: März 2011
ISBN 978-3-406-60445-4

www.beck-shop.de

Alexander Lampe

Die Regulierung von Ratingagenturen

Studienreihe Wirtschaftsrechtliche Forschungsergebnisse, Bd. 141

Hamburg 2010
292 S., 88.00 €
ISBN 978-3-8300-4786-5



Das Buch beschäftigt sich mit der Regulierung von Ratingagenturen, die Ratings für Kapitalmarktprodukte und/oder deren Emittenten erstellen. Der Autor beschreibt zunächst die zentrale Funktion der Ratingagenturen für die publikumsfinanzierten Kapitalmärkte. Anschließend widmet er sich den Charakteristika des heute anzutreffenden kapitalmarktlichen Ratingwesens, insbesondere den oligopolistischen Marktstrukturen. Der Autor setzt sich insoweit auch eingehend mit dem in Deutschland bestehenden Rechtsrahmen des kapitalmarktlichen Ratings auseinander. Einen Schwerpunkt setzt er insoweit bei der zivilrechtlichen Haftung der Ratingagenturen für die Erstellung fehlerhafter Ratings sowohl gegenüber Anlegern als auch gegenüber Emittenten. Mithilfe einer ökonomischen Analyse des Rechts untersucht der Autor anschließend, ob das kapitalmarktliche Ratingwesen einer weitergehenden aufsichtsrechtlichen Regulierung bedarf. Der Verfasser bejaht dies angesichts eines drohenden Marktversagens. Dieses resultiert daraus, dass die Kapitalmarktteilnehmer die Qualität des Ratings nicht zuverlässig beurteilen können und die Ratingagenturen Anreize haben, dies zu ihrem Vorteil auszunutzen. Bestehende Disziplinierungsmechanismen wie der zur Zeit der Arbeit bestehende Rechtsrahmen und Reputationsmechanismen seien kein ausreichendes Korrektiv. Im Anschluss diskutiert der Autor die mögliche Ausgestaltung einer Regulierung de lege ferenda. Schwerpunktmäßig setzt sich der Verfasser dabei mit den von der International Organization of Securities Commissions (IOSCO) entwickelten Verhaltenspflichten auseinander. Hinsichtlich der Implementierung von Verhal-

tenspflichten beschäftigt sich der Autor damit, inwieweit selbstregulatorischen Maßnahmen der Vorzug vor staatlicher Regulierung zu geben ist und spricht damit eine im Kapitalmarktrecht insgesamt bestehende Unsicherheit an. Mithilfe der ökonomischen Analyse des Rechts kommt der Autor zu dem Ergebnis, dass eine Implementierung hoheitlicher Verhaltenspflichten erforderlich ist. Der Autor widerspricht damit der ursprünglichen Haltung der IOSCO. Die jüngste rechtspolitische Entwicklung zeigt, dass das Buch kein Kassandrarufer bleiben sollte.

Schlagworte

- Ratings
- Haftung
- Regulierung
- Verhaltenspflichten
- Zulassungsverfahren
- Ökonomische Analyse
- IOSCO
- Kapitalmarktrecht
- Wirtschaftsrecht
- Rechtswissenschaften

www.verlagdrkovac.de

Florian Engelhardt

Börsenprospekthaftung der Leitungsorgane von Emittenten in Deutschland und Schweden

Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen. Abt. B: Rechtswissenschaft, Bd. 185

Berlin 2010
445 S., 86.00 €
ISBN 978-3-428-13150-1

www.duncker-humblot.de

24. Asylrecht | Ausländerrecht

Alberto Achermann | Martina Caroni
Astrid Epiney | Walter Kälin
Minh Son Nguyen
Peter Uebersax (Hrsg.)

Jahrbuch für Migrationsrecht 2009/2010 Annuaire du droit de la migration 2009/2010

Bern 2010
458 S., 65,70 €
ISBN 978-3-7272-2766-0

Das aktuelle 'Jahrbuch für Migrationsrecht' befasst sich schwergewichtig mit dem Thema 'Freizügigkeit' in seinen verschiedenen Bezügen: Im Vordergrund steht der Blick der Praxis auf die Anwendung des Freizügigkeitsabkommens in der Schweiz, der sich zwei Referate widmen. Aus europäischer Perspektive befassen sich drei Beiträge mit der Freizügigkeit der Unionsbürger, der Bedeutung von Schengen für das Einreise- und Aufenthaltsrecht und mit dem europäischen Asylharmonisierungsprozess. Den Abschluss bildet eine grundsätzliche Diskussion eines 'Rechts auf Einwanderung'. Aus aktuellem Anlass der bevorstehenden Abstimmung über die Ausschaffungsinitiative widmet sich ein Beitrag dem Thema straffällige Ausländer.

Der dokumentarische Teil des Jahrbuchs beschlägt den Zeitraum Mitte 2009 bis Mitte 2010 und berichtet umfassend über die Praxis des Bundesgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte mit Bedeutung für das Migrationsrecht. Nachgezeichnet wird im Weiteren die Rechtsentwicklung in der Schweiz, in der EU und in weiteren internationalen Gremien, einschliesslich der Menschenrechtsorgane der UNO. Der Band enthält eine Bibliographie des schweizerischen Migrationsrechts.

Le présent 'Annuaire du droit des migrations' se concentre essentiellement sur le thème de la 'libre circulation' dans ses divers aspects: en premier lieu, il est question de la pratique en Suisse relative à l'application de l'Accord sur la libre circulation des personnes. Dans une

perspective européenne, trois contributions s'intéressent à la qualité de citoyen européen, à la signification de Schengen à propos du droit d'entrée et de séjour ainsi qu'à une harmonisation de la procédure en matière d'asile au niveau européen. Un autre rapport traite de la question fondamentale d'un 'droit à l'immigration'. A la veille du vote sur l'initiative pour le renvoi des criminels dangereux, un article fait le point sur les délinquants étrangers.

Dans sa partie documentaire, l'annuaire, qui couvre la période allant du milieu de l'année 2009 au milieu de l'année 2010, contient une présentation complète de la jurisprudence du Tribunal fédéral, du Tribunal administratif fédéral et de la Cour européenne des droits de l'homme rendue en matière du droit de la migration. Les développements juridiques en Suisse, au sein de l'Union européenne, ainsi que dans d'autres instances internationales, y compris les organes des droits de l'homme de l'ONU, sont également exposés dans cet ouvrage. Enfin, l'ouvrage contient une bibliographie du droit suisse des migrations.

www.staempflverlag.com

OVG Hamburg
Abschiebung eines Ausländers trotz unmittelbar bevorstehender Vaterschaft
B. v. 10.12.2009 - 3 Bs 209/09 - (LS)
NordÖR 9/2010, 372

OVG Lüneburg
Berücksichtigung des Kindeswohls nach Art. 24 Abs. 2 Europäische Grundrechte-Charta im Rahmen des Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 AufenthG
B. v. 12.07.2010 - 8 LA 154/10 - (LS)
NordÖR 9/2010, 372

OVG Lüneburg
Ausschluss der Fiktionswirkung nach § 81 Abs. 4 AufenthG bei Verlängerung einer nach § 104a AufenthG erteilten Aufenthaltserlaubnis
B. v. 30.06.2010 - 8 ME 133/10 - (LS)
NordÖR 9/2010, 372

ÖSTERREICH

Anna Wildt

Frauen im Asylrecht

Begriffbestimmungen - Fluchtgründe -
Judikatur

Wien 2010
240 S., 48,00 €
ISBN 978-3-902638-30-4



Die Asylpolitik und -rechtsprechung steht im Zentrum der gesellschaftlichen und politischen Debatte. Ein dabei in der öffentlichen Wahrnehmung wenig beachteter Aspekt sind geschlechtsspezifische, Frauen betreffende Flucht- und Asylgründe.

So wird Geschlecht in der Rechtsprechung etwa einmal als biologisches Geschlecht, dann wieder als soziales Geschlecht, dann in einer biologisch fixierten Geschlechtsrolle verstanden.

www.jan-sramek-verlag.at

Ausländerrecht - Die Verwaltungsvorschriften

Aufenthaltsgesetz,
Ausländerzentralregistergesetz
und Freizügigkeitsgesetz/EU

Regensburg 2010
640 S., 14,95 €
ISBN 978-3-8029-1908-4

Die Verwaltungsvorschriften in einem Band: kompakt - handlich - preiswert
Das Zuwanderungsgesetz und das Richtlinienumsetzungsgesetz führten zur grundlegenden Neuerung des Ausländerrechts. Die Erfahrung zeigt, dass die vollziehenden Bundesländer das neu geordnete Recht durchaus unterschiedlich interpretieren und ausgestalten.

Themen

- Aufenthalt
- Freizügigkeit der Staatsbürger aus dem EU-Bereich
- Ausländerzentralregister

www.walhalla.de

25. Europa | Europarecht

Ansgar W. Seidel

Die Energierechtsetzungsbefugnis der Union nach EGV und Reformvertrag

Frankfurt am Main 2010

133 S., 32.80 €

ISBN 978-3-631-58915-1

Am 01.12.2009 ist der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in Kraft getreten. Er enthält ein eigenständiges Energiekapitel und weist damit der EU erstmals die Befugnis zur Energierechtsetzung ausdrücklich zu. Die Neuerungen dieses Energiekapitels aufzuzeigen, ist die Zielsetzung des Buches. Dafür wird im ersten Teil die Entwicklung der europäischen Energiepolitik von ihren Anfängen bis zur Gegenwart skizziert, bevor in einem zweiten Schritt das vorherige energierechtliche Kompetenzgefüge der EU dargestellt wird. Es folgt eine ausführliche Kommentierung des neuen Energiekapitels in Bezug auf seine Reichweite und seine Grenzen. Naturgemäß werden auch der Bereich Umwelt sowie allgemeine Fragen der Kompetenzzuweisung und -abgrenzung vertieft behandelt.

Inhalt

- Die Energiepolitik der Europäischen Union
- Definition, Ausrichtung und Entwicklung
- Energierechtsetzung nach dem EGV
- Kompetenzabgrenzungsfragen am Beispiel des Bereichs Umwelt
- Energierechtsetzung nach Lissabon
- Reichweite und Grenzen des neuen Energiekapitels.

www.peterlang.de

BGH

Schadensersatzanspruch von Hörfunk- und Fernsehunternehmen wegen Nicht- oder Falschumsetzung einer EU-Richtlinie
B. v. 24.06.2010 - III ZR 140/09 -

ZUM-RD 8,9/2010, 453-456

Carsten Doerfert | Jörg D. Oberrath
Peter Schäfer

Europarecht

3. Aufl., Stuttgart 2010

128 S., 14.80 €

ISBN 978-3-415-04474-6



Das Lernbuch erleichtert anhand von Prüfungsschemata die Lösung von Fragestellungen auf dem Gebiet des Europarechts. Die Darstellung orientiert sich dabei an verschiedenen Regelungsbereichen des Gemeinschaftsrechts wie dem Zustandekommen von Primär- und Sekundärrecht, den Grundfreiheiten und sonstigen Rechtsverbürgungen des Europarechts, dem gemeinschaftsrechtlichen Wettbewerbsrecht sowie dem gemeinschaftsrechtlichen Rechtsschutzsystem.

Das Buch ist für die Prüfungsvorbereitung eine große Hilfe mit

- 20 Fällen, an denen beispielhaft die in Betracht kommenden Prüfungsschemata direkt angewendet werden können,
- einem ausführlichen Glossar, in dem sich die Leser über die in den Übersichten auftretenden Begriffe informieren können.

Auf die Vermittlung theoretischer Kenntnisse wird dabei bewusst weitgehend verzichtet. Das Buch soll Vorlesungen oder Lehrbücher nicht ersetzen, sondern ergänzen. Es kann dabei im Rahmen der Prüfungsvorbereitung, zur Nachbearbeitung einzelner Themenkomplexe oder zur Wiederholung des gesamten Stoffes, aber auch zur praktischen Lösung von Einzelfällen eingesetzt werden.

Die Kapitel:

- Einleitung
- Rechtsquellen des Europarechts
- Grundfreiheiten, europäische Grundrechte und Diskriminierungsverbote
- Wettbewerbsrechtliche Fragestellungen
- Prozessuale Fragestellungen
- Glossar
- Fallfinder

Die 3. Auflage berücksichtigt die seit der Voraufgabe eingetretenen Änderungen im Gemeinschaftsrecht, insbesondere den

Vertrag von Lissabon, sowie die einschlägige Rechtsprechung.

Informationen zur Reihe:
Speziell für die Wirtschaftsrechts-Studierenden und -studenten an Fachhochschulen wurde eine Fachliteratur entwickelt, die genau auf deren Studienanforderungen ausgerichtet ist.

Mit der Reihe »ABWiR Arbeitsbücher Wirtschaftsrecht« geht Ihre Klausurvorbereitung auf Erfolgskurs! Rechtsklausuren werden für Studenten des FH-Studienganges Wirtschaftsrecht, aber auch für andere mit juristischen Themen befassende Studenten, kalkulierbarer – durch

- präzise Einführungen in das jeweilige Rechtsgebiet und
- anschauliche Prüfungsschemata mit Erläuterungen der relevanten »Knackpunkte«,
- viele Fälle und Lösungen sowie
- umfangreiche Definitionen-Sammlungen

www.boorberg.de

Agnieszka Kastelik-Smaza

Das Vorabentscheidungsverfahren aus der Sicht des individuellen Rechtsschutzes

Rechtstransformation in der Europäischen Union, Bd. 5

Baden-Baden 2010

338 S., 86.00 €

ISBN 978-3-8329-5661-5



www.nomos.de

Arne Friese

Rechtsformwahlfreiheit im Europäischen Steuerrecht

Köln 2010

380 S., 89.80 €

Rechtsordnung und Steuerwesen, Bd. 39
ISBN 978-3-504-64238-9

www.otto-schmidt.de

26. Internationales Recht

Matthias Farian

Dingliche Nutzungsrechte an fremden Grundstücken im russischen Recht

Studien des Instituts für Ostrecht
München, Bd. 67

Frankfurt am Main 2010
186 S., 44.80 €
ISBN 978-3-631-60943-9

Das russische Grundstücksrecht ist in seiner historischen Entwicklung durch die jeweiligen grundlegenden politischen Veränderungen geprägt. Erst Anfang der 1990er Jahre wurde das private Grundeigentum (wieder) eingeführt, was die Privatisierung von Grund und Boden in Gang setzte. Im Zuge dessen gewannen die dinglichen Nutzungsrechte zunehmend an Bedeutung. Die gesetzliche Ausgestaltung dieser Rechtsinstitute lässt jedoch bis heute zu wünschen übrig. Trotz zahlreicher Gesetzesänderungen sind viele Probleme noch ungeklärt. Der Autor gibt einen umfangreichen Überblick über die geschichtliche Entwicklung und die heutige Regelung der dinglichen Nutzungsrechte. Dabei werden neben der russischen Literatur auch zahlreiche Gerichtsentscheidungen ausgewertet. Die Arbeit verzichtet auf eine klassische Rechtsvergleichung und stellt lediglich punktuell Bezüge zum deutschen Recht her. Sie soll auch für ausländische Investitionen in Russland von Nutzen sein.

Inhalt

- Geschichtliche Entwicklung des russischen Grundstücksrechts
- Systematik des russischen Grundstücksrechts
- Trennung von Grundstücks- und Gebäudeeigentum
- Dingliche Nutzungsrechte im Einzelnen
- Servitut
- Ständiges (unbefristetes) Nutzungsrecht Erbgrundbesitz auf Lebenszeit
- Registerrecht - Rechtslage für ausländische Investoren.

www.peterlang.com

Jean-Philippe Klein

Die Unwirksamkeit von Verträgen nach französischem Recht

Eine konzeptionelle Untersuchung
unter besonderer Berücksichtigung
der Rechtsgeschichte

Tübingen 2010
420 S., 70.00 €
ISBN 978-3-16-149974-6



Die Unwirksamkeit von Verträgen fasziniert die französischen Juristen seit Jahrhunderten, das Gebiet gilt als eines "des plus obscurs du droit civil". Jean-Philippe Klein geht den Gründen dieser Faszination nach, die einst auch deutsche Autoren wie Zachariae von Lingenthal und Windscheid erfasste. Ausgehend vom römischen Recht folgt er den Spuren der Unwirksamkeit im Mittelalter, um sich anschließend deren theoretischer Erfassung im vorrevolutionären Frankreich zuzuwenden. Besondere Beachtung finden dabei die historischen Zusammenhänge. Anschließend stellt der Autor die verschiedenen Theorien zur Unwirksamkeit im Code civil dar und unterzieht die Rechtsprechung einer eingehenden Analyse. Das Ergebnis wird am Ende in Schlussthesen zusammengefasst. Im Anhang würdigt der Autor die Bestimmungen zur Unwirksamkeit im "Avant-Projet Catala" sowie in der französischen Überarbeitung der "Lando-Principles".

www.mohr.de

Johannes Hielscher

Legitimität und Legitimation von international und europäisch determiniertem Recht

Baden-Baden 2010
232 S., 59.00 €
ISBN 978-3-8329-5949-4
Erscheinungstermin: November 2010

www.nomos-shop.de

ÖSTERREICH

Robert Stein | Mathias Vogl
Gregor Wenda (Hrsg.)

NRWO Nationalrats-Wahlordnung

Nationalrats-Wahlordnung
Bundespräsidentenwahlgesetz
Volksbegehrensgesetz

Manzsche Sonder-Gesetzesausgaben,
Bd. 80

3. Aufl., Wien 2010
380 S., 67.12 €
ISBN 978-3-214-13302-3

www.manz.at

Thomas Giegerich Alexander Proelß
(Hrsg.)

Krisenherde im Fokus des Völkerrecht

Trouble Spots in the Focus
of International Law

Veröffentlichungen des Walther-Schücking-Instituts für Internationales Recht an der Universität Kiel, Bd. 176

Berlin 2010
231 S., 58.00 €
ISBN 978-3-428-13420-5

www.duncker-humblot.de

Jan Scheffler

Die Europäische Union als rechtlich-institutioneller Akteur im System der Vereinten Nationen

Berlin 2010
950 S., 149.95 €
ISBN 978-3-642-15648-9
Erscheinungstermin: 11.10.2010

www.springer.com

Peter Schlotter | Wilhelm Nolte
Renate Grasse

Berliner Friedenspolitik? Militärische Transformation

Zivile Impulse - Europäische Einbindung

Baden-Baden 2008
363 S., 29,00 €
ISBN 978-3-8329-3434-7



Im ersten Jahrzehnt nach der deutschen Vereinigung stand die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik unter der Devise „Wandel in der Kontinuität“. In den letzten Jahren, beginnend mit der rot-grünen Regierung, sind die Stichworte „Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation“, „Enttabuisierung des Militärischen“, „Deutsche Außen- und Europapolitik gründet sich auf Werte, und sie ist Interessenpolitik“. Gilt damit weiterhin der bisherige gesellschaftliche Grundkonsens, Deutschland sei eine „Zivilmacht“ und müsse dies bleiben? Oder hat sich der Wandel zu einem Verständnis vollzogen, nach dem die Bundesrepublik eine „normale“ Mittelmacht ist, die eher nationalen Interessen als normativen Orientierungen folgt – und auch folgen sollte? Autoren aus Wissenschaft, Politik, Medien und gesellschaftlichen Organisationen behandeln die Frage, ob die deutsche Außenpolitik der letzten Jahre am Frieden orientiert ist. Sie kommen zu der Einschätzung, dass die Transformation der Bundeswehr zu einer Armee mit Interventionsauftrag das große Risiko mit sich gebracht hat, den Friedensanspruch der Berliner Außenpolitik zu verfehlen. Diese Gefahr wird auch nicht dadurch aufgewogen, dass in ihr zivile Impulse stärker als früher zum Tragen gekommen sind und die deutsche Politik weiterhin in Europa und in internationale Organisationen eingebunden ist.

www.nomos.de

Janina M. Gärtner

Ist das Sollen ableitbar aus einem Sein?

Eine Ontologie von Regeln und institutionellen Tatsachen unter besonderer Berücksichtigung der Philosophie von John R. Searle und der evolutionären Erkenntnistheorie

Schriften zur Rechtstheorie, Bd. 253

Berlin 2010
394 S., 84,00 €
ISBN 978-3-428-13070-2

www.duncker-humboldt.de

Jan D. Harke (Hrsg.)

Römisches Erbrecht

Berlin 2011
300 S., 89,95 €
ISBN 978-3-642-04455-7
Erscheinungstermin: 01.03.2011

www.springer.com

Sebastian Wornien

Das Verhältnis von materiellem und formellem Strafrecht während des Nationalsozialismus

Rechtsgeschichtliche Studien, Bd. 36

Hamburg 2010
224 S., 75,00 €
ISBN 978-3-8300-4905-0

www.verlagdrkovac.de

Axel-Johannes Korb

Kelsens Kritiker

Ein Beitrag zur Geschichte der Rechts- und Staatstheorie (1911-1934)

Tübingen 2010
324 Seiten, 54,00 €
ISBN 978-3-16-150117-3

Hans Kelsen (1881-1973) gilt als der Jurist des 20. Jahrhunderts. Seine ungeheure Produktivität verhalf der Rechts- und Staatstheorie zu neuen Höhen. Er wurde zu einem Kritiker im globalen Maßstab. Obgleich es ihm gelang, in der Wiener rechtstheoretischen Schule eine Anhängerschaft um sich zu sammeln, überwog in der breiten Wahrnehmung doch die Skepsis. Neben der Schülerschaft sammelte sich eine Gegnerschaft. Axel-Johannes Korb untersucht die Kritik an Kelsen. Er beleuchtet die philosophischen, methodischen und politischen Diskussionen, zwischen dem Erscheinen der Hauptprobleme der Staatsrechtslehre und der ersten Auflage der Reinen Rechtslehre. Bekannte wie weniger bekannte Zeitgenossen Kelsens treten in den Blickpunkt des Interesses. Am Ende steht eine Antwort auf die entscheidende Frage: Was war das, ein Kritiker Kelsens?

www.mohr.de

Michael Kotulla

Deutsches Verfassungsrecht 1806 - 1918

Eine Dokumentensammlung
nebst Einführungen

1. Aufl., Berlin 2015
2000 S., 259,95 €
Erscheinungstermin: 01.11.2015
ISBN 978-3-540-29536-5

www.springer.com

28. Wirtschaftswissenschaften

Bastian Bockhoff

Internationale Verrechnungspreise

Hamburg 2010
78 S., 35.20 €
ISBN 978-3-941201-76-7

Bei der Abrechnung konzerninterner Liefer- und Leistungsbeziehungen spielen Verrechnungspreise eine wichtige Rolle. Für die Steuerplanung der Konzerne sind sie unbedingt zu berücksichtigen – sie bieten jedoch zusätzlich viele Vorteile.

Mit Verrechnungspreisen können Konzerne ihre Gesamtsteuerlast senken, da der gesamte Konzern im Steuerrecht als Zusammensetzung eigenständiger Rechtssubjekte verstanden wird. Insbesondere Gewinne einzelner Konzernbestandteile können über Verrechnungspreise maßgeblich beeinflusst werden.

Nutzen Sie daher die Chancen für Ihr Unternehmen: Lesen Sie, wie sich nationale und internationale Verrechnungspreisregelungen unterscheiden bzw. welche Aspekte bereits harmonisiert worden sind. Dokumentieren Sie Ihre Verrechnungspreise ordnungsgemäß und konsequent. So vermeiden Sie nicht nur Risiken wie Sanktionen bzw. Strafzuschläge, sondern senken auch Ihre Konzernsteuerquote.

Unsere umfangreiche Broschüre bietet Ihnen einen Überblick über bestehende nationale sowie internationale Verrechnungspreisregelungen.

Es werden außerdem aktuelle verrechnungspreisrelevante Entwicklungen wie Änderungen, die im Rahmen der Unternehmenssteuerreform 2008 und des Jahressteuergesetzes 2009 beschlossen wurden, erörtert.

Unser Autor stellt Ihnen darüber hinaus aktuelle Rechtsprechung, OECD-Richtlinien sowie ausgewählte Sonderfälle aus dem Gebiet der Verrechnungspreise vor.

Interessant für Ihr Rechnungswesen sind auch die Ansätze zur ordnungsgemäßen Dokumentation von Verrechnungspreisen sowie die Beispiele zur Optimierung von Verrechnungspreissystemen. So sind Sie über sämtliche Bestimmungen für Ihr internes Konzern-Rechnungswesen hinreichend informiert.

www.dashoefer.de

ÖSTERREICH

Detlev Karel

UNTERNEHMENSBILANZ STUEBERBILANZ Steuerliche Mehr-weniger-Rechnung ÖSTERREICHISCHES STEUERRECHT

3. Aufl., Graz-Neuhart 2010
230 S., 39.60 €
ISBN 978-3-9502256-9-3

www.bilanzbuchring.at

Andreas Krimpmann

Latente Steuern in der Praxis Ermittlung, Bewertung, Bilanzierung. Nach BilMoG und IFRS

Freiburg im Breisgau 2010
224 S., 68.00 €
ISBN 978-3-448-09593-7

Das Buch erklärt das Konzept der latenten ("aufgeschobenen") Steuern, macht es anhand von Praxisfällen transparent und zeigt den Umgang damit auf. Dabei konzentriert es sich auf das BilMoG. Sofern Unternehmen der Konzernrechnungslegung unterliegen, werden die weiterführenden Konzepte der IFRS mit einbezogen. Unterschiede in der Handhabung latenter Steuern nach BilMoG und IFRS werden verdeutlicht.

www.haufe.de

Maurice Bäsler

Die Bedeutung des Qualitätsmanagements für den wirtschaftlichen Erfolg von Entwicklungsprojekten

Entwicklung eines Bewertungsmodells zur wertorientierten Aufgabenplanung für das Qualitätsmanagement in der Produktentwicklung

Cottbuser Schriften zum Qualitätsmanagement, Band 1

Hamburg 2010, 258 S.
ISBN 978-3-8300-4850-3



Qualitätsmanagement ist sehr allgemein beschrieben, für den Einzelnen unspezifisch und anderen Aufgabenbereichen im Unternehmen schwer zuzuordnen. Die Bedeutung des Qualitätsmanagements leitet sich daher für Unternehmen primär aus der Notwendigkeit eines Zertifikates für das Qualitätsmanagementsystem ab. Andererseits sind Unternehmen die Methoden des Qualitätsmanagements bekannt, werden aber als zu komplex angesehen. Es wird davon ausgegangen, dass eine Identifizierung konkreter Aufgaben des Qualitätsmanagements zwischen der normativen Systemebene und der Methodenebene erforderlich ist.

Schlagworte

Qualitätsplanung, Qualitätslenkung, Qualitätsverbesserung, Entscheidungstheorie, Entscheidungsanalyse, Produktentwicklung, Qualitätsmanagement, Projektmanagement, Wertungsmanagement, Referenzprozess, Wertorientierung, Werttreiberkonzept, Sensitivitätsanalyse, Entscheidungsmodellierung, Software, Qualitätsmanagement, Betriebswirtschaftslehre

www.verlagdrkovac.de

29. Sonstiges

Caroline Y. Robertson-von Trotha(Hrsg.)

Tod und Sterben in der Gegenwartsgesellschaft

Eine interdisziplinäre
Auseinandersetzung

Kulturwissenschaft interdisziplinär, Bd. 3

Baden-Baden 2007

286 S.

ISBN 978-3-8329-3171-1



Sterben und Tod stellen in der Gegenwartsgesellschaft einen komplexen Problembereich dar, der verschiedenste gesellschaftliche Bereiche und Diskurse – private wie öffentliche, theoretische wie praktische – betrifft. Im vorliegenden Band wird durch ein interdisziplinäres Spektrum der aktuelle Stand der medizinisch-ethischen und juristischen wie auch der geistes- und kulturwissenschaftlichen Diskussion und Forschung dargestellt. Zum anderen wird die grundsätzliche Haltung unserer auf menschliche und technische Leistung und Fortschrittsgläubigkeit ausgerichteten Gesellschaft gegenüber dem Phänomen Tod und die Problematik einer heute erschwerten sinnhaften Deutung des Todes erörtert. Zwei interkulturelle Fallbeispiele ergänzen die wissenschaftlichen Beiträge. Zur Sprache kommt aber auch, wie der Tod als Begrenzung und Zielpunkt des Lebens positiv gedeutet und möglicherweise mit einem ‚Endlich‘ erwartet werden kann. Mit Beiträgen von: Jürgen Mittelstraß, Wolfgang van den Daele, Klaus Kutzer, Eberhard Schockenhoff, Wolfgang Wodarg, Eduard Verhagen, Ludwig A. Minelli, Wolfgang Drechsel, Hans-Georg Soeffner, Thomas Macho, Karen Joisten, Klaus Feldmann, Christine Mielke, Norbert Fischer, Carl-Jochen Müller, Peter Gross, Seyran Ates, Esther Schapira, Caroline Y. Robertson-von Trotha.

www.nomos.de

Wilfried Ahrens

Der Angeklagte trägt die Kisten des Verfahrens

Die neuesten juristischen Stilblüten

München 2010

141 S., 8,95 €

ISBN 978-3-406-60708-0

Sternstunden sprachlicher Minderleistung

Auch in seiner neuesten Sammlung juristischer Stilblüten ist Wilfried Ahrens dem Fehlerteufel wieder vielfältig auf die Spur gekommen. So erfährt man, dass von streitbefangenen Misthaufen eine ganz erhebliche Gerichtsbelästigung ausgeht, trifft auf reuige Sünder, die ihr Leben um 360° ändern wollen, und staunt über den Versuch, sich selbst zum Opfer zu sterilisieren. Da werden im Prozess Zeugen seziert und CDs in Ohrenschein genommen, und wenn ein Gericht meint, die Klage sei zu lässig, vertraut der Bürger auf das Schreien seiner Prozessbevollmächtigten. Kurzum, das Wortkabular ist schillernd und die Empfehlung, bei der Lektüre ernst zu bleiben, von sekundärer Priorität.

www.beck-shop.de

Sonja Boss

Medienberufe aus arbeits- und sozialversicherungsrechtlicher Sicht. Freie Mitarbeiter, Freelancer, Honorarkräfte und die ewige Gretchenfrage: selbständig, "scheinselbständig" oder abhängig beschäftigt? (zugl. Anmerkung zu BSG, U. v. 01.10.2009 - B 3 KS 4/08 R -)
NZS 9/2010, 483-488

BMF

Steuerbegünstigte Vereinsatzung,
(Schr. v. 07.07.2010 - IV C 4-S
0180/07/0001:001 -)
AO-StB 9/2010, 259

OGH

Glücksspielgesetz: Verfassungsrecht
v. 25.03.2010 - 2 Ob 252/09m - (LS),
(W 106)

SWK 27/2010, 1190

Jochen Zenthöfer | Christian Rauda

Wem gehört eigentlich... der Kölner Dom?

66 juristische Kuriositäten

München 2010

167 S., 10,95 €

ISBN 978-3-406-60706-6



Wem gehört eigentlich... die Bundesliga ... der Bodensee ... das Grundwasser ... der Reichstag in Berlin ... der Verlobungsring? - Juristische Knobelien aus dem Alltag

Wem gehört der Sperrmüll am Straßenrand, ein Schneemann, ein Verlobungsring, gespendeter Samen oder das Internet? Alles hat scheinbar einen Eigentümer – aber oft trägt der Eindruck. Manches ist „gemeinfrei“ und kann von jedem genutzt werden, und bei vielen anderen Sachen wissen wir gar nicht so genau, wer im juristischen Sinne der Eigentümer ist. In unterhaltsam zu lesenden, aber juristisch versierten kurzen Kapiteln führen die Autoren durch die bisweilen bizarre Welt der Eigentumsverhältnisse. Und wenn das Recht nicht mehr weiterhilft, bemühen sie den gesunden Menschenverstand. Denn auf die Frage, wem ein Kuss gehört, findet sich in juristischen Paragraphenwerken nicht so schnell eine Antwort.

www.beck-shop.de

Markus Parzeller

Zur Bedeutung des Stoffrechts für das Sportrecht und den Sport
StoffR 4/2010, 183-193

K. Jan Schiffer | Mario Sommer

Die Stiftung und die Finanzkrise. Insolvenzzugriff für Stiftungen aus Sicht der Praxis
NWB direkt 38/2010, 998

Impressum

Herausgeber des Zeitschriften-Inhaltsdienstes (ZID) sind:

Kuselit Verlag GmbH
Geschäftsführung
Ulrike Metzger | Gerd Schliebe
Leidsthaler Hub 2
66871 Etschberg
Tel. 06383 927972
Handelsregister
AG Kuselit HRB 21631
USt-IdNr. DE 193667170
www.kuselit.de
email: verlag@kuselit.de

und

jurmatix GbR
Ralph Hecksteden | Marc Luuk
Auf dem Stümpfchen 29
66564 Ottweiler
www.jurmatix.de
email: info@jurmatix.de

Der ZID erscheint wöchentlich und dient der schnellen Information über neue juristische Periodika. Hierzu werden bibliographische Daten ausgewiesen und nach sachgerechten Kriterien sortiert. Die den ZID ergänzenden Informationen bestehen aus Buch- und Veranstaltungshinweisen, Pressemitteilungen, Rezensionen und weiteren Beiträgen, die in Zusammenhang mit den jeweiligen Sachgebieten stehen. Die durch die Informationen vermittelten Ansichten und Meinungen stellen nicht in allen Fällen die Meinung der Herausgeber dar. Eine Haftung – insbesondere für Preisangaben und Lieferbarkeiten Dritter – übernehmen die Herausgeber ebenfalls nicht. Die Zusendung von Beiträgen ist erwünscht. Den Abdruck behalten wir uns vor.

Der ZID ist kostenlos.

ZEITSCHRIFTENLISTE - NACH SACHGRUPPEN

Die **Farbbalken** (Sachgebiete) sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu den Inhaltsverzeichnissen der Sachgruppen führen !

ZEITSCHRIFTENLISTE - ALPHABETISCH

Abkürzungen und Titel sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu den Inhaltsverzeichnissen der Sachgruppen führen !

REZENSIONSANGBOTE

Dirk Rüffel
Das Institut der Klagebefugnis zur Verfolgung von Umweltinteressen. Ein Rechtsvergleich zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Deutschland und der Europäischen Union unter besonderer Würdigung von Verbandsklagen
Schriften zum öffentlichen, europäischen und internationalen Recht, Bd. 23

Stuttgart 2008
253 Seiten
ISBN 978-3-415-04039-7

—
Wilfried Erbguth | Johannes Masing (Hrsg.)
Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit im Mehrebenensystem. Referate und Diskussionsbeiträge des XV. Deutsch-Polnisches Verwaltungskolloquium vom 09. bis 12. September 2007 an der Universität Freiburg i.Br.

Stuttgart 2008
170 S., 33,00 €
ISBN 978-3-415-04191-2

—
Ernst Becht | Dirk S. Lennartz
Prüfungsschwerpunkte im Zivilprozess
5. Aufl., Stuttgart 2010
488 S.

ISBN 978-3-415-04408-1

—
Judith Amelie Schmidt
Internationale Dopingbekämpfung. Grundlagen und nationalstaatliche Umsetzung
Stuttgart 2009
212 S., 32,00 €

ISBN 978-3-415-04314-5

—
Wolfgang Magg (begr. von Hans von Koch | Oskar Tschira)
Gemeindeordnung, Landkreisordnung, Verwaltungsgemeinschaftsordnung für den Freistaat Bayern
16. Aufl., Stuttgart 2008
380 S.

ISBN 978-3-415-03952-0

ZEITSCHRIFTENLISTE - NACH SACHGRUPPEN - 40. Kalenderwoche

Die **Farbbalken** (Sachgebiete) sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu der Liste der Inhaltsverzeichnissen führen!

1. Jur. Professionen | Kanzlei | Beratung | Kosten

BerlAnwBl	Berliner Anwaltsblatt Mitteilungsblatt des Berliner Anwaltsverein e.V.	9/2010	www.berliner.anwaltsverein.de
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung Zeitschrift für Vollstreckungs-, Zustellungs- und Kostenwesen. Organ des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes (DGVB)	9/2010	www.dgvz.de
DS	Der Sachverständige Fachzeitschrift für Sachverständige, Kommunen, Gerichte und Behörden	9/2010	www.beck-shop.de
FMP	Forderungsmanagement professionell für Rechtsanwaltskanzleien, Inkassounternehmen und Rechtsabteilungen	9/2010	www.iww.de
Rafa-Z	Zeitschrift für Rechtsanwaltsfachangestellte und Kanzleimitarbeiter	49/2010	www.deubner-verlag.de
RENOpraxis	Zeitschrift für Rechtsanwalts- und Notariatsangestellte	9/2010	www.zap-lexisnexis.de
RVGreport	RVGreport Anwaltsgebühren - Streitwert - Gerichtskosten - Erstattung Rechtsschutz	9/2010	www.zap-verlag.de

2. Recht: Allgemein

NJW	Neue Juristische Wochenschrift	41/2010	www.beck.de
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung	18/2010	www.manz.at

3. Staats- und Verfassungsrecht

– Keine Einträge –

4. Gesetze und Verordnungen

– Keine Einträge –

5. Landesrecht | Kommunalrecht

apf/B	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Ausgabe Bayern) Zeitschrift für staatliche und kommunale Verwaltung (Ausgabe Bayern)	9/2010	www.boorberg.de
apf/BW	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Ausgabe Baden-Württemberg) Zeitschrift für staatliche und kommunale Verwaltung -> erscheint auch als Landesausgabe für Bayern -> apf/B	9/2010	www.boorberg.de
BayBürgermeister	Der Bayerische Bürgermeister Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung	9/2010	www.hjr-verlag.de
FSt	Die Fundstelle Bayern - Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	18/2010	www.boorberg.de

ANHANG

KommJur	Kommunaljurist - Rechtsberater für Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände und kommunale Wirtschaftsunternehmen	9/2010	www.nomos.de
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen Rheinland-Pfalz Saarland	9/2010	www.nomos.de
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung Verwaltungsrechts-Zeitschrift für die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (vereinigt mit Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht (VIZ))	9/2010	www.beck.de
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland	9/2010	www.nomos.de

6. Verwaltungsrecht

apf/GA	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Gesamtausgabe) Zeitschrift für staatliche und kommunale Verwaltung erscheint auch als Landesausgabe für Bayern apf/B, und Baden-Württemberg ->apf/BW	9/2010	www.boorberg.de
--------	---	--------	-----------------

7. Glaube | Religion | Kirche

– Keine Einträge –

8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozeß International Jahrbuch des Internationalen Zivilprozeßrechts	Bd. 14 2009	www.heymanns.com
--------	---	----------------	------------------

9. Privatrecht

FoVo	Forderung & Vollstreckung	9/2010	www.anwaltverlag.de
------	---------------------------	--------	---------------------

10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

FamFR	Familienrecht und Familienverfahrensrecht Unterhalt, Zugewinn, Versorgungsausgleich, Prozessuales	18/2010	www.famrz.de
FF	Forum Familienrecht	9/2010	www.anwaltverlag.de

11. Verkehr | Transport

BA	Blutalkohol - Zugleich Publikationsorgan der Deutschen Gesellschaft für Verkehrsmedizin	5/2010	--
Kfz-SV	Der Kfz-Sachverständige Die Fachzeitschrift für Technik, Gutachten und REcht	5/2010	www.bundesanzeiger.de
VRR	VerkehrsRechtsReport Arbeitszeitschrift für das gesamte Straßenverkehrsrecht	9/2010	www.zap-lexisnexis.de

12. Strafrecht und Nebengebiete

StRR	StrafRechtsReport - Arbeitszeitschrift für das gesamte Strafrecht	9/2010	www.lexisnexis.de
------	---	--------	-------------------

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

ArbR	Arbeitsrecht Aktuell - Informationen für die arbeitsrechtliche Praxis	19/2010	www.beck.de
ArbRB	Der Arbeits-Rechts-Berater Der Informationsdienst für die Beratungspraxis	9/2010	www.otto-schmidt.de
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht Zeitschrift für die beratende und gerichtliche Praxis	9/2010	www.luchterhand.de

ANHANG

RIa	Recht im Amt - Zeitschrift für den öffentlichen Dienst	4/2010	www.luchterhand.de
SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen hrsg. vom Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände	5-6/2010	www.vhb.de
ZTR	Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes	9/2010	www.jehle-rehm.de

14. Sozialrecht

JAmT	Das Jugendamt - Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht (Mitgliederzeitschrift des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF))	7-8/2010	www.dijuf.de
KrV	Die Krankenversicherung - hrsg. vom IKK-Bundesverband	9/2010	www.ESV.info
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge	9/2010	www.deutscher-verein.de
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht - Monatsschrift für die betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis	9/2010	www.beck.de
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit	9/2010	www.ESV.info
ZfF	Zeitschrift für das Fürsorgewesen	9/2010	www.boorberg.de
ZKJ	Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe Rechtsanwendung in der Praxis - Beratung - Mediation gutachterliche Tätigkeit interdisziplinär aktuell verständlich	9/2010	www.bundesanzeiger.de

15. Wirtschaftsrecht

AW-Prax	Außenwirtschaftliche Praxis Zeitschrift für Außenwirtschaft in Recht und Praxis	9/2010	www.bundesanzeiger.de
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht	18/2010	www.rws-verlag.de
IWB	Internationale Wirtschafts-Briefe - Zeitschrift für internationales Steuer- und Wirtschaftsrecht / Organ der Deutschen Vereinigung für Internationales Steuerrecht, International Fiscal Association	18/2010	www.nwb.de
Konzern	Der Konzern Zeitschrift für Gesellschaftsrecht, Steuerrecht, Bilanzrecht und Rechnungslegung der verbundenen Unternehmen	9/2010	www.heymanms.com
SWK	Steuer- und WirtschaftsKartei (Österreich)	27/2010	www.lindeverlag.at
VuR	Verbraucher und Recht Zeitschrift für Wirtschafts- und Verbraucherrecht	9/2010	www.nomos.de

16. Wettbewerbsrecht | Kartellrecht

WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis - Offizielles Organ der Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e.V.	10/2010	www.dfv.de
-----	---	---------	--

17. Gewerblicher Rechtsschutz

BIPMZ	Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen Hrsg. v. Deutschen Patent- und Markenamt	9/2010	www.heymanms.com
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht	18/2010	www.beck.de
ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht Rechtsprechungsdienst	8-9/2010	www.nomos.de

18. Steuerrecht

AO-StB	Der AO-Steuer-Berater- Strategien für Steuerverfahren Betriebsprüfung Rechtsschutz Steuerstrafrecht	9/2010	www.otto-schmidt.de
EU-USStB	EU-Umsatz-Steuer-Berater Der Informationsdienst zu EG-Richtlinien und EuGH-Rechtsprechung (Beilage zu Umsatz-Steuer-Berater)	3/2010	www.otto-schmidt.de
NWB direkt	Neue Wirtschafts-Briefe - direkt Der wöchentliche Infodienst für Steuerberater	38- 39/2010	www.nwb.de
PIStB	Praxis Internationale Steuerberatung Auslandsinvestitionen - Auslandsentsendung - Inbound-Aktivitäten	9/2010	www.iww.de
RdW	Das Recht der Wirtschaft - Kurzreport aus Steuern und Recht	18/2010	www.boorberg.de
SteuK	Steuerrecht kurzgefaßt Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung im Fokus der Praxis	18/2010	www.beck.de
StSem	Steuer-Seminar - Praktische Fälle des Steuerrecht	9/2010	www.efv-online.de
StuB	Steuern und Bilanzen Zeitschrift für das Steuerrecht und die Rechnungslegung der Unternehmen	18/2010	www.nwb.de
USStB	Der Umsatz-Steuerberater Der Informationsdienst für die umsatzsteuerliche Beratungspraxis	9/2010	www.otto-schmidt.de

19. Umwelt | Agrar | Energie

IR	InfrastrukturRecht - Energie Verkehr Abfall Wasser	9/2010	www.beck.de
REACH NAVIGATOR	Informationsdienst für den Umgang mit Chemikalien in der Unternehmenspraxis	9/2010	www.bundesanzeiger.de
GuT	Gewerbemiete und Teileigentum	4-6/2010	www.prewest.de

20. Bauen | Wohnen | Immobilien

NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht Privates Baurecht, Recht der Architekten, Ingenieure, Projektbetreuer, Vergabewesen	9/2010	www.beck.de
UBB	UnternehmerBrief Bauwirtschaft - Steuern - Bilanz - Werkvertrag / VOB - Liquidität - Finanzierung - Unternehmensführung	9/2010	www.ernst-und-sohn.de
WoM	Wohnungswirtschaft & Mietrecht Herausgeber: Deutscher Mieterbund e.V.	9/2010	www.mieterbund.de

21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

A&R	Arzneimittel & Recht Zeitschrift für Arzneimittelrecht und Arzneimittelpolitik	4/2010	www.wissenschaftliche- verlagsgesellschaft.de
CR	Computer und Recht - Forum für die Praxis des Rechts der Datenverarbeitung, Informatik und Automation. Vorläufer "Informatik und Recht" und "Datenverarbeitung im Recht"	9/2010	www.otto-schmidt.de
LMuR	Lebensmittel & Recht Offizielles Organ des Deutschen Symposium Lebensmittel und Recht	4/2010	www.beck.de / www.pmi- verlag.de

StoffR	Zeitschrift für Stoffrecht - Chemikalien - Lebensmittel Arzneimittel - Produkthaftung - Verbraucherschutz: The European Journal of Substances and the Law	4/2010	www.lexxion.de
--------	---	--------	----------------

22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

– Keine Einträge –

23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

CFB	CORPORATE FINANCE biz Finanzmanagement, Bewertung, Kapitalmarkt	6/2010	www.vhb.de
Kreditwesen / Technik	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen Ausgabe Technik IT für Finanzdienstleister	3/2010	www.kreditwesen.de
VersR	Versicherungsrecht Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht	27/2010	www.vvw.de/vvw
zfs	Zeitschrift für Schadensrecht - Monatliches Fachblatt für Schadensrecht, Versicherungsrecht, Verkehrsrecht	9/2010	www.anwaltverlag.de

24. Asylrecht | Ausländerrecht

– Keine Einträge –

25. Europa | Europarecht

– Keine Einträge –

26. Internationales Recht

– Keine Einträge –

27. Politik | Geschichte | Philosophie | Soziologie

APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage Das Parlament	39/2010	www.das-parlament.de
------	--	---------	----------------------

28. Wirtschaftswissenschaften

BM	Betriebswirtschaftliche Mandantenbetreuung Unternehmensberatung, Vermögensberatung, Bilanzierung	9/2010	www.iww.de
----	---	--------	------------

29. Sonstiges

– Keine Einträge –

ZEITSCHRIFTENLISTE - ALPHABETISCH - 40. Kalenderwoche

Abkürzungen und Titel sind mit LINKS versehen,
die Sie direkt zu den Inhaltsverzeichnissen führen !

A&R	Arzneimittel & Recht - Zeitschrift für Arzneimittelrecht und Arzneimittelpolitik	4/2010
AO-StB	Der AO-Steuer-Berater Strategien für Steuerverfahren Betriebsprüfung Rechtsschutz Steuerstrafrecht	9/2010
apf/B	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Ausgabe Bayern) Zeitschrift für staatliche und kommunale Verwaltung (Ausgabe Bayern)	9/2010
apf/BW	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Ausgabe Baden-Württemberg) Zeitschrift für staatliche und kommunale Verwaltung -> erscheint auch als Landesausgabe für Bayern -> apf/B	9/2010
apf/GA	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Gesamtausgabe) Zeitschrift für staatliche und kommunale Verwaltung erscheint auch als Landesausgabe für Bayern -> apf/B	9/2010
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage Das Parlament	39/2010
ArbR	Arbeitsrecht Aktuell - Informationen für die arbeitsrechtliche Praxis	19/2010
ArbRB	Der Arbeits-Rechts-Berater - Der Informationsdienst für die Beratungspraxis	9/2010
AW-Prax	Außenwirtschaftliche Praxis - Zeitschrift für Außenwirtschaft in Recht und Praxis	9/2010
BA	Blutalkohol Zugleich Publikationsorgan der Deutschen Gesellschaft für Verkehrsmedizin	5/2010
BayBürgermeister	Der Bayerische Bürgermeister - Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung	9/2010
BerlAnwBl	Berliner Anwaltsblatt - Mitteilungsblatt des Berliner Anwaltsverein e.V.	9/2010
BIPMZ	Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen - Hrsg. v. Deutschen Patent- und Markenamt	9/2010
BM	Betriebswirtschaftliche Mandantenbetreuung Unternehmensberatung, Vermögensberatung, Bilanzierung	9/2010
CFB	CORPORATE FINANCE biz - Finanzmanagement, Bewertung, Kapitalmarkt	6/2010
CR	Computer und Recht Forum für die Praxis des Rechts der Datenverarbeitung, Informatik und Automation. Vorläufer "Informatik und Recht" und "Datenverarbeitung im Recht"	9/2010
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung Zeitschrift für Vollstreckungs-, Zustellungs- und Kostenwesen. Organ des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes (DGVB)	9/2010
DS	Der Sachverständige Fachzeitschrift für Sachverständige, Kommunen, Gerichte und Behörden	9/2010
EU-USTB	EU-Umsatz-Steuer-Berater Der Informationsdienst zu EG-Richtlinien und EuGH-Rechtsprechung (Beilage zu Umsatz-Steuer-Berater)	3/2010

ANHANG

EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht	18/2010
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht - Zeitschrift für die beratende und gerichtliche Praxis	9/2010
FamFR	Familienrecht und Familienverfahrensrecht Unterhalt, Zugewinn, Versorgungsausgleich, Prozessuales	18/2010
FF	Forum Familienrecht	9/2010
FMP	Forderungsmanagement professionell für Rechtsanwaltskanzleien, Inkassounternehmen und Rechtsabteilungen	9/2010
FoVo	Forderung & Vollstreckung	9/2010
FSt	Die Fundstelle Bayern - Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	18/2010
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht	18/2010
GuT	Gewerbemiete und Teileigentum	4-6/2010
IR	InfrastrukturRecht - Energie Verkehr Abfall Wasser	9/2010
IWB	Internationale Wirtschafts-Briefe Zeitschrift für internationales Steuer- und Wirtschaftsrecht Organ der Deutschen Vereinigung für Internationales Steuerrecht International Fiscal Association	18/2010
JAmT	Das Jugendamt Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht (Mitgliederzeitschrift des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.)	7-8/2010
Kfz-SV	Der Kfz-Sachverständige - Die Fachzeitschrift für Technik, Gutachten und Recht	5/2010
KommJur	Kommunaljurist Rechtsberater für Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände und kommunale Wirtschaftsunternehmen	9/2010
Konzern	Der Konzern - Zeitschrift für Gesellschaftsrecht, Steuerrecht, Bilanzrecht und Rechnungslegung der verbundenen Unternehmen	9/2010
Kreditwesen / Technik	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen - Ausgabe Technik IT für Finanzdienstleister	3/2010
KrV	Die Krankenversicherung - hrsg. vom IKK-Bundesverband	9/2010
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen Rheinland-Pfalz Saarland	9/2010
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung Verwaltungsrechts-Zeitschrift für die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (vereinigt mit Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht (VIZ))	9/2010
LMuR	Lebensmittel & Recht - Offizielles Organ des Deutschen Symposium Lebensmittel und Recht	4/2010
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge	9/2010
NJW	Neue Juristische Wochenschrift	41/2010
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland	9/2010
NWB direkt	Neue Wirtschafts-Briefe - direkt - Der wöchentliche Infodienst für Steuerberater	38-39/2010
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht Privates Baurecht, Recht der Architekten, Ingenieure, Projektbetreuer, Vergabewesen	9/2010
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht Monatsschrift für die betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis	9/2010

ANHANG

ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung	18/2010
PIStB	Praxis Internationale Steuerberatung Auslandsinvestitionen - Auslandsentsendung - Inbound-Aktivitäten	9/2010
Rafa-Z	Zeitschrift für Rechtsanwaltsfachangestellte und Kanzleimitarbeiter	49/2010
RdW	Das Recht der Wirtschaft - Kurzreport aus Steuern und Recht	18/2010
REACH NAVIGATOR	Informationsdienst für den Umgang mit Chemikalien in der Unternehmenspraxis	9/2010
RENOpraxis	Zeitschrift für Rechtsanwalts- und Notariatsangestellte - hrsg. Deutsche Vereinigung der Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten e.V., Düsseldorf	9/2010
RIa	Recht im Amt - Zeitschrift für den öffentlichen Dienst	4/2010
RVGreport	RVGreport - Anwaltsgebühren - Streitwert - Gerichtskosten - Erstattung - Rechtsschutz,	9/2010
SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen hrsg. vom Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände	5-6/2010
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit	9/2010
SteuK	Steuerrecht kurzgefaßt Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung im Fokus der Praxis	18/2010
StoffR	Zeitschrift für Stoffrecht - Chemikalien - Lebensmittel - Arzneimittel - Produkthaftung Verbraucherschutz: The European Journal of Substances and the Law	4/2010
StRR	StrafRechtsReport - Arbeitszeitschrift für das gesamte Strafrecht	9/2010
StSem	Steuer-Seminar - Praktische Fälle des Steuerrecht	9/2010
StuB	Steuern und Bilanzen Zeitschrift für das Steuerrecht und die Rechnungslegung der Unternehmen	18/2010
SWK	Steuer- und Wirtschaftskartei (Österreich)	27/2010
UBB	UnternehmerBrief Bauwirtschaft - Steuern - Bilanz - Werkvertrag / VOB - Liquidität - Finanzierung - Unternehmensführung	9/2010
UStB	Der Umsatz-Steuerberater Der Informationsdienst für die umsatzsteuerliche Beratungspraxis	9/2010
VersR	Versicherungsrecht - Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht	27/2010
VRR	VerkehrsRechtsReport - Arbeitszeitschrift für das gesamte Straßenverkehrsrecht	9/2010
VuR	Verbraucher und Recht - Zeitschrift für Wirtschafts- und Verbraucherrecht	9/2010
WoM	Wohnungswirtschaft & Mietrecht - Herausgeber: Deutscher Mieterbund e.V.	9/2010
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis Offizielles Organ der Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e.V.	10/2010
ZfF	Zeitschrift für das Fürsorgewesen	9/2010
zfs	Zeitschrift für Schadensrecht Monatliches Fachblatt für Schadensrecht, Versicherungsrecht, Verkehrsrecht	9/2010
ZKJ	Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe - Rechtsanwendung in der Praxis Beratung - Mediation - gutachterliche Tätigkeit interdisziplinär aktuell verständlich	9/2010
ZTR	Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes	9/2010
ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht - Rechtsprechungsdienst	8-9/2010
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozeß International - Jahrbuch des Internationalen Zivilprozeßrechts	Bd. 14 2009